

## Dienstag, 9. Dezember 2014 Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Duri Campell
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Brandenburger, Caviezel (Chur), Mathis, von Ballmoos
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

*Standespräsident Campell:* Guten Tag. Geschätzte Regierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir fortfahren können. Wir haben gestern Abend bis und mit Departement EKUD beraten und wir fahren fort mit dem Departement für Finanzen und Gemeinden.

**Jahresprogramm 2015 und Budget 2015** (Budget-Botschaft 2015) (*Fortsetzung*)

**Budget 2015** (Budget-Botschaft 2015, S. 69 ff.) (*Fortsetzung*)

**Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung und Departemente** (*Fortsetzung*)

**Detailberatung** (*Fortsetzung*)

### DEPARTEMENT FÜR FINANZEN UND GEMEINDEN

*Standespräsident Campell:* Auf Seite 187: 5000, Departementssekretariat. Amt für Schätzungswesen. Finanzkontrolle. Finanzverwaltung. Allgemeiner Finanzbereich. Personalamt. Allgemeiner Personalaufwand. Steuerverwaltung. Kantonale Steuern. Amt für Informatik. Amt für Gemeinden. Spezialfinanzierung interkommunaler Finanzausgleich. Wir haben das Departement für Finanzen und Gemeinden angeschaut. Keine Fragen?

### BAU-, VERKEHRS- UND FORSTDEPARTEMENT

*Standespräsident Campell:* Wir fahren weiter mit dem Departement Bau, Verkehr und Forst. 6000, Departementssekretariat. Hochbauamt. Frau Regierungsrätin, Sie haben das Wort.

### 6101 Hochbauamt

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ich schulde Ihnen noch eine Antwort zur Frage von Grossrat Jenny, inwieweit Holz auch weiterhin für Bauten im Kanton benutzt wird. Ich benutze die Gelegenheit, dies hier beim Hochbauamt auszuführen. Seit Jahren fördert der Kanton die Verwendung von Holz als natürlichen, einheimischen Rohstoff. Holz wird vermehrt als erneuerbare Energie eingesetzt und die Realisierung zahlreicher zeitgemässer Holzbauten hat das Image des Holzes als Baustoff erheblich verbessert. Der Kanton ist bei der Nutzung von Holz vorbildlich, weshalb in den vergangenen Jahren, wenn immer möglich und sinnvoll, Holz als Brenn- oder Baustoff verwendet wurde. Kantonale Bauten wie das Maschinenausbildungszentrum und der Grossviehstall des Plantahofs, Stützpunkte des Tiefbauamtes in Ilanz, Vals, Disentis, Surava, Degen und St. Peter sowie die 40 provisorischen Klassenzimmer und die Mensa der Bündner Kantonsschule, welche als integrale Holzbauten geplant und ausgeführt wurden, zeugen vom Engagement des Kantons für Holz. Als energietechnische Sanierung ist das Sennereigebäude des Plantahofs mit Schindelfassade zu nennen. An der Sitzung vom 2. Dezember 2014 hat die Regierung vom Wettbewerbsergebnis eines neuen Erstaufnahmezentrums im Meiersboden Kenntnis genommen, bei welchem es sich ebenfalls um einen integralen Holzbau handelt.

Zurzeit sind weitere Holzbauten in Planung oder Ausführung: Stützpunkte Samnaun, Zernez, Poschiavo, Versam. Bei Neubauten und energetischen Sanierungen beabsichtigt die Regierung auch in Zukunft die Realisierung von Holzbauten zu prüfen. Nicht immer ist Holz jedoch der geeignete Baustoff. Anforderungen an Material, Gestaltung, Energie, Schallschutz, Speicherfähigkeit, Brandschutz, Ökologie und Wirtschaftlichkeit sind unter einen Hut zu bringen. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Lebenszykluskosten, welche stark von der richtigen Materialwahl und Konstruktion abhängig sind. Daneben sind kulturhistorische Entwicklungen und ortsbauliche Überlegungen von gesellschaftlicher Bedeutung. Ich hoffe, Grossrat Jenny, Sie sind mit dieser Antwort zufrieden.

*Standespräsident Campell:* Wir fahren weiter mit 6110, Amt für Energie und Verkehr. Tiefbauamt Wasserbau. Spezialfinanzierung Strassen Tiefbauamt. Spezialfinanzierung Strassen Ausbau Nationalstrassen. Spezialfinanzierung Strassen Ausbau Hauptstrassen. Frau Tomaschett-Berther Gabriela, Sie haben das Wort.

#### **6221 SF Strassen Ausbau Hauptstrassen**

*Tomaschett-Berther (Trun):* Ich habe eine Frage und zwar zu den Einzelkrediten, zu der Oberalpstrasse und zu der Lukmanierstrasse. Darf ich Sie bitten, mir Ausführungen zu machen, was hier vorgesehen ist, was man da ungefähr verbaut für diese Beträge?

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ich werde Ihnen gerne die Antwort nachliefern. Diese Details kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Wenn Sie die Frage gestern gestellt hätten, hätte man sie abklären können. Aber ich werde das Departement entsprechend anfragen und Sie werden die Antwort noch in dieser Session erhalten.

*Standespräsident Campell:* Wir machen weiter mit 6221, Spezialfinanzierungen Strassen Ausbau Hauptstrassen. Spezialfinanzierungen Strassen Ausbau Verbindungsstrassen. Grossrat Rico Stiffler.

#### **6224 SF Strassen Ausbau Verbindungsstrassen**

*Stiffler (Davos Platz):* Ich hätte eine Frage auf Seite 237, Einzelkredite Investitionsrechnung 5010315, Bezirk 5 Davos, 8 Millionen Franken. Ist das für den Ausbau von Verbindungsstrassen oder für was wird dieses Geld gebraucht? Ich hätte gerne eine Antwort.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Sehen Sie, die Frage wurde vorgängig eingebracht, so dass ich eine Antwort präsentieren kann. Die Mittel für den Ausbau der Verbindungsstrassen werden entsprechend den Bedürfnissen, aber auch etwas mit Berücksichtigung der Strassenlängen und des politischen Aspekts, auf die sieben Bezirke verteilt. Aufgrund von Schwerpunktbildungen wegen grösseren Projekten kann nicht eine gleichmässige Zuteilung der jährlichen Mittel auf die einzelnen Bezirke erfolgen.

Konkret zum Bezirk 5 Davos: In den Jahren 2013 bis 2015 sind dem Bezirk 5 total 19,5 Millionen Franken zugeteilt worden. Dies entspricht 18,6 Prozent der gesamthaft vorgesehenen Ausbaumittel von 105 Millionen Franken. Die Verbindungsstrassenlänge in Bezirk 5 beträgt 160,4 Kilometer. Dies entspricht 19,3 Prozent der Gesamtlänge von 828,8 Kilometer. Gemäss Strassenbauprogramm 2013 bis 2016 sind für den Bezirk 5 Davos 25,2 Millionen Franken vorgesehen. Die vorgesehenen 8 Millionen Franken im Budget 2015 verteilen sich auf folgende Projekte: Sickerstrasse 2 Millionen Franken, Überlandquartstrasse 1,5 Millionen, Schuderserstrasse 1 Million Franken, Stelsterstrasse 1,5 Millionen Franken, St. Antönienstrasse 0,1 Million Franken und Serneuserstrasse 1,9 Millionen Franken. Im Bezirk 5 Davos

wird der Ausbau der Verbindungsstrassen im Vergleich angemessen berücksichtigt.

*Stiffler (Davos Platz):* Kurze Bemerkung, Frau Regierungsrätin: Wenn ich Sie so das aufzählen gehört habe, ich habe nicht gewusst, dass der Bezirk 5 bis zuhinterst nach St. Antönien geht. Ich mag denen diese Strassen schon gönnen, ich habe mir nur gedacht, ja was wird in Davos denn alles verbaut? Aber der Bezirk 5 ist scheinbar grösser, als ich geglaubt habe. Danke für die Auskunft.

*Standespräsident Campell:* Wir fahren weiter mit 6221, Spezialfinanzierung Strassen Ausbau Hauptstrassen. Spezialfinanzierungen Strassen Ausbau Verbindungsstrassen. Spezialfinanzierungen Strassen Allgemeine Investitionen. Amt für Wald und Naturgefahren. Grossrat Rico Stiffler, Sie haben das Wort.

#### **6400 Amt für Wald und Naturgefahren**

*Stiffler (Davos Platz):* Ich spreche zur Seite 240, Investitionsbeiträge an Gemeinden für Schutzwaldprojekte, 29 680 000 Franken, das Konto 5620102. Ist das für Schutzwald und wo wird dieses Geld gebraucht?

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ich habe eine Antwort, Grossrat Stiffler: Von den jährlich investierten Kosten von 21 Millionen Franken im ganzen Kanton betrafen rund 3 Millionen Franken die Region Herrschaft Prättigau Davos, also 14 Prozent. Davon 1 Million Franken für Aus- und Neubauten und 2 Millionen Franken für Instandstellungen. Zukünftige Walderschliessungsvorhaben in der Region, das sind Aus- und Neubauten von Waldstrassen, hierbei handelt es sich um Dürrwald Davos, Ronenwald Monstein Davos, Sertig-Litzi Davos, Bobbahnstrasse Davos, Grosswald Klosters, Valpun Luzein, Umfahrung Alpweg Jenins, der Bedarf jährlich mindestens 1,5 Millionen Franken. Zusätzlich sind vorgesehen Instandstellungen von bestehenden Waldstrassen, zukünftig jährlich mindestens 2 Millionen Franken in der Region. Der Bedarf total in der Region ist also mindestens 3,5 Millionen Franken pro Jahr. Das sind die Gesamtkosten. Also es ist klar, die Waldstrassen, die sind zur Bewirtschaftung sehr wichtig, also notwendig und darum entsprechend auch die Investitionen in diesem Bereich.

*Standespräsident Campell:* Wir fahren weiter mit 6500, Amt für Jagd und Fischerei. Grossrat Andy Kollegger.

#### **6500 Amt für Jagd und Fischerei**

*Kollegger:* Ich spreche zur Produktgruppe 1, Jagd. Ich komme nicht umhin, eine kritische Würdigung einer weiteren Budgetposition vorzunehmen und ich denke, das ist opportun. Das Budget ist so ziemlich das wichtigste Steuerungsmittel, das wir Grossrätinnen und Grossräte haben, vielleicht sogar das einzige. Falls das,

was ich jetzt sage, Ratskollege Claus, ich bin froh, dass er da ist, wieder zu wirt sein sollte, so kann er sich doch anschliessend bei mir melden, ich erkläre es ihm gerne persönlich. Mit wirkungsorientierter Verwaltungsführung habe ich es wie Rats- und Parteikollege Ueli Bleiker. Auch ich habe absolut nichts gegen WoV. Im Gegenteil, ich war mitbeteiligt, um nicht zu sagen, die treibende Kraft, als wir vor einigen Jahren in Teilen der Verwaltung in Arosa die wirkungsorientierte Verwaltungsführung als erste Verwaltung in Graubünden und eine der ersten in der Schweiz eingeführt haben. Auch teile ich die inhaltliche Meinung von Ueli Bleiker gestern zum Thema WoV in anderem Zusammenhang. Er hat dort bemängelt, dass es mit wirkungsorientierter Verwaltungsführung so eine Sache ist, weil etwas ganz stark darunter leidet. Und dieses Etwas wurde uns eigentlich versprochen mit der Einführung, ich zitiere aus der Medienmitteilung vom 16.12.2009, da schreibt die Standeskanzlei: „Die neuen Steuerungsinstrumente“, und gemeint ist damit eben die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, „führen zu mehr Transparenz über die staatlichen Leistungen und ihre Kosten.“ Und genau gestern hat Ueli Bleiker, und ich komme heute darauf, dass eben diese versprochene Transparenz eben nicht in allen Belangen vorhanden ist. Die Indikatoren auf Seite 246 unten verdeutlichen dies exemplarisch. Wenn Sie das anschauen, können Sie mit der Aussage unten unter dem Titel unter dem Leistungsmerkmal oder der Zielsetzung „Geschützte Arten sind erhalten und gefördert“, können Sie mit diesen Indikatoren positives Monitoring Grossraubtiere Ja und positives Monitoring geschützte Arten Ja, können Sie da etwas Konkretes anfangen? Ist das transparent, frage ich Sie? Das Budget, ich habe es gesagt, ist so ziemlich der einzige, wenn nicht oder sicher der wichtigste Hebel, den der Grosse Rat hat. Umso bedauerlicher also, wenn exakt bei einem politisch so heiklen Thema aufgrund unklarer Indikatoren die Transparenz fehlt. Ich ersuche die Regierung dem damaligen Versprechen nachzukommen und in allen Belangen und allen Indikatoren diese Transparenz walten zu lassen. Dass mir genau diese Position ins Auge gesprungen ist, kommt natürlich nicht von ungefähr. Harrt doch ein Auftrag betreffend die Grossraubtiere der Umsetzung. Diese Position wird die Basis bilden für den zunehmenden Aufwand im Bereich Monitoring der Grossraubtiere, diese Mutmassung leite ich von den Ausführungen im Dienststellenbericht auf Seite 245 oben ab. Dort ist die Rede von zunehmendem Aufwand für die Überwachung des Grossraubwildes. Ich frage die Regierung, wie es sich mit dieser Aufwandssteigerung konkret verhält und wie sich diese Aufwandssteigerung mit dem überwiesenen Auftrag betreffend den Einbezug der Bevölkerung in Sachen Grossraubtiere verhält. Will doch der Auftrag insbesondere, dass der Aufwand in Sachen Grossraubtiere nicht jährlich ansteigt, so lange nicht klar ist, ob die Bevölkerung diese Entwicklung trägt. Und keine Angst, ich stelle keinen Antrag, weder auf Erhöhung noch auf Kürzung des Budgets, weil es schlichtweg gar nicht möglich ist. Ich kann nicht über ein Globalbudget konkret auf diese Aufwandssteigerung im Bereich Grossraubtiere Einfluss nehmen. Das ist die Sache des Globalbudgets. Das haben wir oder unsere Vorgänger mal be-

schlossen. Dem ist so. Aber bald steht Weihnachten vor der Tür und deshalb drei Weihnachtswünsche: Erstens klare Indikatoren. Zweitens sensibler Umgang mit dem Thema Grossraubtiere und drittens rasche Umsetzung des betreffenden Auftrages.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ja, Grossrat Kolleger, ich weiss nicht, ob ich Ihnen Ihre Weihnachtswünsche alle erfüllen kann. Aber ich werde sie zumindest gerne weiterleiten. Was die Indikatoren anbelangt: Es ist Aufgabe der Verwaltung und der Regierung, diese festzulegen. Sie haben als Grossrat die Möglichkeit, periodisch die Produktgruppenstruktur und die Ziele festzulegen, nicht aber die Indikatoren. Aber ich werde Ihren Weihnachtswunsch sicher weiterleiten.

Nun, ich gehe davon aus, dass Sie mit meiner Antwort etwas mehr Transparenz zu den Kosten im Bereich Monitoring Grossraubtiere erhalten werden. Vielleicht müssen Sie sich die Zielsetzung dieses positiven Monitorings der Grossraubtiere noch einmal vor Augen halten. Es bedeutet nämlich, dass man zuverlässige Grundlagen über die Präsenz der drei Grossraubtierarten Bär, Wolf und Luchs sammeln kann. Und das ist wichtig. Dieses Grundlagenwissen bildet nämlich eine unabdingbare Voraussetzung, um die Bevölkerung über die Anwesenheit dieser Raubtiere zu informieren, im Bereich der Landwirtschaft Schadenverhütungsmassnahmen zu treffen und Eingriffe in die Bestände der Grossraubtiere zu tätigen. Diese Massnahmen sind somit für den Kanton Graubünden von zentraler Bedeutung. Die Kosten für das Monitoring der Grossraubtiere sind sehr schwierig abzuschätzen. In den nächsten Jahren ist angesichts der zunehmenden Wolfspräsenz mit erhöhten Kostenfolgen zu rechnen. Bären werden nach wie vor nur in geringer Zahl auftreten, aber sie werden auftreten. Und die Kosten, die einzelne Bären verursachen, sind stark abhängig vom Individuum. Auffällige Bären verursachen erfahrungsgemäss höhere Kosten als scheue Tiere. Im Jahre 2012, jetzt kommt die Transparenz, im Jahre 2012 hat das Amt für Jagd und Fischerei für das Wolfsmonitoring rund 600 Stunden und im Jahre 2013 rund 1200 Stunden aufgewendet. Demzufolge beliefen sich die Personalkosten im Jahre 2012 auf rund 50 000 Franken und im Jahre 2013 auf rund 71 000 Franken. Für das Bärenmonitoring hat das Amt für Jagd und Fischerei im Jahr 2012 rund 2000 Stunden und im Jahr 2013 rund 420 Stunden aufgewendet. Demzufolge beliefen sich die Personalkosten im Jahre 2012 auf rund 165 000 Franken und im Jahre 2013 auf rund 32 000 Franken. Die vorstehend aufgeführten Personalkosten konnten beim Amt für Jagd und Fischerei weitgehend durch Aufgabenverschiebungen kompensiert werden. Einzig in einzelnen Jagdbezirken wurden Überstunden und zusätzliche Vergütungen für Nacht- und Sonntagsarbeit ausbezahlt. Grossrat Kolleger, es ist wirklich schwierig, im Grossraubtieralltag den Aufwand im Laufe eines Jahres abzuschätzen. Der Vergleich gerade der Personalkosten in diesen beiden Jahren zeigt, dass dieser Aufwand von Jahr zu Jahr ganz erhebliche Differenzen aufweisen kann. Hinter dem grossen Personalaufwand Bär 2012 verbirgt sich der grosse Aufwand der Wildhut, um die Sicherheit der Bevölkerung vor dem Bär M13 nach Möglichkeit zu garantieren und

Schäden zu vermeiden. Ich hoffe, Sie haben nun etwas mehr Transparenz.

*Standespräsident Campell:* Wir haben nun die fünf Departemente beraten. Will jemand auf einen Punkt zurückkommen? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zu den richterlichen Behörden, Seite 249. Zu diesem Traktandum möchte ich ganz herzlich die zwei Präsidenten, Herrn Norbert Brunner, Kantonsgerichtspräsident, und Herrn Urs Meisser, Verwaltungsgerichtspräsident, willkommen heissen hier im Grossratssaal. Wir führen, wenn es notwendig ist, eine kurze Eintretensdebatte. Ich frage den GPK-Präsidenten, möchten Sie das Wort?

## Richterliche Behörden

### Eintreten

*Antrag GPK, Kantons- und Verwaltungsgericht*  
Eintreten

*Kunz (Fläsch); GPK-Präsident:* Nein, das ist nicht nötig, Sie können fortfahren.

*Standespräsident Campell:* Danke. Ich frage die zwei Gerichtspräsidenten, wünschen Sie das Wort? Ja, Herr Gerichtspräsident Brunner, Sie haben das Wort.

*Kantonsgerichtspräsident Brunner:* Die Budgetzahlen des Kantonsgerichts veranlassen mich zu keinen Äusserungen. Ein anderer aktueller Anlass, der im Zusammenhang mit der letztjährigen Budgetdebatte steht und auch im Zusammenhang mit dem auf Seite 250 oben erwähnten Antrag auf Bewilligung einer sechsten Richterstelle steht, verleitet mich aber zu folgenden Bemerkungen: Sie konnten in der Südostschweiz vom letzten Samstag einen dicken Titel lesen: „Bundesgericht rügt Bündner Justiz im Streit um Tierimpfung.“ Angesprochen wurde ein Entscheid des Bundesgerichts, mit welchem ein Urteil des Kantonsgerichts aus formellen Gründen aufgehoben wurde. Das Kantonsgericht soll das rechtliche Gehör des Beschwerdeführers verletzt haben, indem es nicht auf alle seine Argumente hinreichend eingegangen ist. Diejenigen, die schon damals im Rat waren, mögen sich an die letztjährige Budgetdebatte erinnern. Wir stellten in diesem Zusammenhang den Antrag um Bewilligung einer weiteren Aktuariatsstelle, welche von Ihnen auch genehmigt wurde. In der Diskussion wurde aber von einem Grossrat bemängelt, das Kantonsgericht schreibe zu lange Urteile und stellte damit die zusätzliche Gerichtsschreiberstelle in Frage. Ich verwies dann auf die gestiegenen Fallzahlen und die immer höher geschraubten Anforderungen des Bundesgerichts an die Begründungspflicht. Die gleiche Kritik wurde teilweise auch in gewissen Vernehmlassungen zum Antrag des Kantonsgerichts für eine neue Richterstelle geäussert. Der in der Presse aufgegriffene Fall ist ein klassisches Beispiel dafür, was geschieht oder geschehen kann, wenn man die Begründungsdichte reduziert und kürzere Urteile schreibt. Die Rüge, man habe das rechtliche Gehör verletzt, wird schnell einmal erhoben und bei der

jetzigen Praxis des Bundesgerichts und der EMRK-Organen sind die Erfolgsaussichten gar nicht so schlecht. Folge ist dann die Aufhebung des angefochtenen Entscheids und die Verpflichtung zur neuerlichen Behandlung, auch wenn dies zu keinem andern Ergebnis führt. Es entsteht so für das Gericht nahezu doppelter Aufwand. Unsere Haltung, dass wir lieber beim ersten Mal schon eine recht ausführliche Begründung verfassen, ist also wohl begründet. Auch wenn dies nicht ohne entsprechenden Aufwand abläuft. Ich bitte Sie daher, dies auch in der hoffentlich im nächsten Frühjahr stattfindenden Debatte um den sechsten Richter am Kantonsgericht zu berücksichtigen. Im Übrigen danke ich Ihnen für die Genehmigung unseres Budgets.

*Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

### Detailberatung

*Standespräsident Campell:* Wir beginnen mit der Detailberatung der richterlichen Behörden. 7000, Kantonsgericht. 7010, Verwaltungsgericht. 7020, Bezirksgerichte. Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte. Notariatskommission. Keine Wortmeldungen? Ich gehe davon aus, dass wir die richterlichen Behörden behandelt haben.

Ich frage Sie noch an, gibt es Wortmeldungen bei den Stellenschaffungen und Wiederbudgetierung? Grossrat Bleiker, Sie haben das Wort.

### Stellenschaffungen und Wiederbudgetierung

*Bleiker:* Eine ganz kleine Nachfrage auf Seite 259 oben. Oberste Zeile, Stellenerhöhung bei der Standeskanzlei um 10 Prozent entsprechend 48 000 Franken Mehrkosten. Kann ich davon ausgehen, dass dies ein Kommafehler ist? 10 Stellenprozent gleich 48 000 Franken? Also das würde bei einer Vollzeitstelle 480 000 Franken ausmachen. Das ist meine Frage.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Das wäre in der Tat etwas viel. Ich werde dem nachgehen.

*Standespräsident Campell:* Somit hätten wir das Budget durchberaten. Wir kommen zu den Schlussabstimmungen.

### Schlussabstimmungen

*Standespräsident Campell:* Gemäss den Anträgen der Regierung auf Seite 13 der Budgetbotschaft und der GPK auf Seite 5 ihres Berichtes haben wir die Ziffern 1 und 2 bereits erledigt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben nun noch über acht Punkte abzustimmen. Aus der Diskussion habe ich entnommen, dass nicht viel bestritten wurde. Ich frage Sie an, können wir über sämtliche Punkte zusammen abstimmen oder wünschen Sie einzelne Abstimmungen? Ich danke Ihnen, wir

machen dies in einer Abstimmung. Ich frage Sie an: Wenn Sie bereit sind, den Anträgen der Regierung und der GPK zuzustimmen, drücken Sie die Taste Plus, wenn Sie dagegen sind, die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben das Budget mit 107 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen genehmigt.

*Schlussabstimmung Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung und Departemente*

*Antrag GPK und Regierung*

3. Den ordentlichen Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Strassen auf 19,2 Millionen Franken festzulegen.

*Antrag GPK und Regierung*

4. Die Budgetkredite für den Teuerungsausgleich sowie die Erhöhung der Gesamtlohnsumme wie folgt festzulegen:
  - den Kredit für den globalen Teuerungsausgleich im Ausmass der effektiven Jahresteuern (Stand November 2014);
  - den Kredit für die individuellen Lohnentwicklungen auf 2 916 000 Franken und für Stellenschaffungen auf 2 087 000 Franken;
  - den Kredit für die Leistungsprämien auf 3 312 000 Franken.

*Antrag GPK und Regierung*

5. Den Verpflichtungskredit für das Projekt «Mobile Computing» der Kantonspolizei als Objektkredit von brutto 2 000 000 Franken zu genehmigen.

*Antrag GPK und Regierung*

6. Den Verpflichtungskredit für die Ablösung der Steueranwendungen für Register und Veranlagung als indexierten Rahmenkredit von brutto 8 500 000 Franken (Kostenstand September 2014) zu genehmigen. Bei einer Änderung des Landesindexes der Konsumentenpreise verändert sich der Kreditbetrag entsprechend.

*Antrag GPK und Regierung*

7. Die Budgetkredite für die Beiträge an die Spitäler wie folgt festzulegen:
  - den Beitrag für Notfall- und Krankentransportdienst auf 3 000 000 Franken;
  - den Beitrag für die universitäre Lehre und die Forschung auf 5 800 000 Franken;
  - den Beitrag für gemeinwirtschaftliche Leistungen auf 22 900 000 Franken;
  - den Beitrag zur Sicherstellung der Versorgung auf 1 000 000 Franken.

*Antrag GPK und Regierung*

8. Die Steuerfüsse für das Jahr 2015 in Prozent der einfachen Kantonssteuer unverändert festzusetzen für:
  - die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuer des Kantons 100 Prozent

- die Gewinn- und Kapitalsteuer des Kantons 100 Prozent
- die Zuschlagssteuer 99 Prozent
- die Kultussteuer 10,5 Prozent
- die Quellensteuer der Gemeinden 90 Prozent
- die Quellensteuer der Landeskirchen und deren Kirchgemeinden 13 Prozent

*Antrag GPK und Regierung*

9. Die Beiträge für den interkommunalen Finanzausgleich für das Steuerjahr 2015 (wirksam ab dem Jahr 2016) unverändert festzusetzen:
  - den Finanzierungsbeitrag von Kanton und Gemeinden je 10 Prozent
  - den Satz für die Kürzung der Gemeindetreffnisse 50 Prozent

Die Beschlüsse gemäss Ziffer 9 werden hinfällig, wenn zur Umsetzung der FA-Reform per 1. Januar 2016 Artikel 17 Absatz 2 des neuen Gesetzes über den Finanzausgleich im Kanton Graubünden (FAG, BR 730.200) auf den 1. Januar 2015 in Kraft tritt.

*Abstimmung hinfällig, da Artikel 17 Absatz 2 des neuen Gesetzes über den Finanzausgleich im Kanton Graubünden (FAG, BR 730.200) mit Regierungsbeschluss vom 18. November 2014 auf den 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt wird.*

*Antrag GPK und Regierung*

10. Das Budget 2015 des Kantons zu genehmigen.

*Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt den Anträgen der GPK und Regierung in globo mit 107 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

*Standespräsident Campell:* Wir fahren weiter. Ich frage den GPK-Präsidenten, möchten Sie noch das Wort? Grossrat Kunz.

*Kunz (Fläsch); GPK-Präsident:* Der Regierung und Verwaltung möchte ich im Namen der GPK für die Vorbereitung und die Aufarbeitung des Budgets 2015 bestens danken. Es herrschte eine informative, offene und kompetente Diskussion. Die Antworten auf diverse Fragen wurden umgehend geliefert. Ein grosses Dankeschön an unseren GPK-Sekretär Roland Giger, der uns fachlich und administrativ unterstützt sowie an die Finanzkontrolle unter der Leitung von Hansjörg Bollhalder, welcher uns stets mit Rat und Tat zur Seite steht. Ebenfalls besten Dank an den Grossrat, der keine Anträge auf Budgeterhöhung zuliess. Besten Dank meinen Kolleginnen und Kollegen aus der GPK für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit.

*Standespräsident Campell:* Wir kommen noch zur Schlussabstimmung bei den richterlichen Behörden. Wer dem Budget der richterlichen Behörden zustimmen will, drücke auf die Plus-Taste zu drücken. Wer nicht zustimmen will, die Minus-Taste, wer sich enthalten will, die Null-Taste. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben das Budget der richterlichen Behörden mit 110 Ja-

Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.

#### *Schlussabstimmung kantonale Gerichte*

##### *Antrag GPK, Kantons- und Verwaltungsgericht*

2. Die Budgets 2015 des Kantonsgerichts, des Verwaltungsgerichts und der Rechnungsrubriken Bezirksgerichte (Rechnungsrubriken 7000 bis 7020) zu genehmigen.

##### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der GPK, des Kantons- und des Verwaltungsgerichts mit 110 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

*Standespräsident Campell:* Somit hätten wir das Budget 2015 beraten und darüber abgestimmt. Ich danke Ihnen für die gute, intensive Diskussion. Ich danke Herrn Kantonsgerichtspräsident Norbert Brunner und Herrn Verwaltungsgerichtspräsident Meisser, dass Sie hier waren und wünsche Ihnen heute einen schönen Tag. Ja, geschätzte Damen und Herren, wir kommen zum Wirtschaftsentwicklungsbericht.

#### **Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden** (Botschaften Heft Nr. 5/2014-2015, S. 259)

*Standespräsident Campell:* Wir haben im Vorfeld miteinander schon sehr intensive Diskussionen geführt und wir werden in den nächsten zwei Tagen, es sind gut zwei Tagen eingeplant, diesen Bericht beraten. Ich hoffe, dass wir dies erreichen. Ich habe ein klares Ziel: Ich möchte in dieser Session den Bericht fertig beraten. Um dieses Ziel zu erreichen, erlaube ich mir, morgen zu entscheiden, ob wir eine Abendsitzung abhalten werden. Warum möchte ich den Bericht fertig beraten? Wir alle wissen, dass Ende Jahr Regierungsrat Trachsel aufhört und ich möchte nicht, dass der neue Regierungsrat im Februar hier sich mit diesem Bericht noch befassen muss. Darum, morgen Abend als Reserve. Wir haben gesehen, die Kommission, die WAK, hat uns ein gutes Protokoll vorbereitet und ich hoffe, dass mit diesem Protokoll die Beratung uns einfacher gemacht wird und dass wir vor allem die Stossrichtungen behandeln und nicht den Bericht. Wenn Sie Wortmeldungen zum Bericht haben, nutzen Sie hier die Eintretensdebatte. Hier kann man ein bisschen breiter fahren, damit wir anschliessend in der Detailberatung wirklich nur auf die Stossrichtungen hinschauen. Und ich hoffe so, dass wir schneller vorankommen. Wir alle sprechen von Effizienz. Meine Damen und Herren, ich glaube, in den nächsten zwei Tagen können wir unsere Effizienz beweisen. Ich bin überzeugt, das können wir. Und ich spreche hier die Worte meines Vorgängers, er sprach einmal zu uns: „Wenn Sie zwei Wortmeldungen vorbereitet haben, eine lange und eine kurze, die beide das Gleiche sagen, wählen Sie die kürzere.“ Ich möchte nun das Wort Kommissionpräsident Urs Marti erteilen. Grossrat Marti, Sie haben das Wort.

#### **Eintreten**

##### *Antrag Kommission und Regierung*

##### Eintreten

*Marti; Kommissionspräsident:* Vielen Dank dem Herrn Standespräsidenten für die Einführung. Ich versuche das dann auch in der Debatte entsprechend aufzunehmen. Wir dürfen heute und morgen den Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Graubünden besprechen. In meiner 15-jährigen Tätigkeit hier als Grossrat hatten wir noch nie einen Bericht, der so in die Breite ging, dafür sehr oft Berichte, die in die Tiefe gingen, aber in die Breite noch keinen. Deshalb freue ich mich sehr auf diese Debatte mit der Notwendigkeit, dass wir auf der richtigen Flughöhe dann eben auch bleiben. Und was war die Basis für diesen Bericht? Der Ursprung lang darin, dass Grossrat Caduff einen Auftrag einreichte, der zum Ziel hatte, die generelle Auslegeordnung über die Wirtschaft zu klären. Die Ausgangsbasis war auch, dass eine latente Unzufriedenheit mit dem bestehenden Gesetz über die Wirtschaftsförderung bestand. Und letztlich, eine neue Fassung des Gesetzes über die wirtschaftliche Entwicklung in Arbeit war und der Grosse Rat entsprechend forderte, vor dieser Arbeit die Auslegeordnung zu bekommen. Die Auslegeordnung sollte zum Ziel führen, dass eine Klärung zwischen den Fördermassnahmen des Kantons und den Infrastrukturaufgaben des Kantons erreicht wird, dass geklärt wird, wo staatliche Rahmenbedingungen Basis bilden und wo dann eben auch spezifisch über das Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung dann auch über die Fördermassnahmen im Einzelnen beschlossen werden kann. Letztlich ging es darum zu klären, wo Geld fliessen darf und wo eben nicht.

Was hat die Regierung aus diesem Auftrag gemacht? Sie hat eine Definition zur Förderung im engeren Sinne vorgelegt, dazu wäre dann eben das Gesetz über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten. Und sie hat auch aufgezeigt, wie sie die Wirtschaftsentwicklung im erweiterten Sinne betrachtet. Sie hat Stossrichtungen zur Förderung im erweiterten Sinne aufgezeigt, also dann über die Sektoralpolitiken, dann aber auch Stossrichtungen im engeren Sinne für das entsprechend vorzulegende Gesetz. Klar ist sehr rasch, dass alle Massnahmen im erweiterten Sinne die vielgrössere Hebelwirkung für die Wirtschaftsentwicklung haben, als reine finanzielle Beiträge über das Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung. Also wenn Sie die wirtschaftliche Entwicklung stark beeinflussen wollen, dann haben wir über alle Budgetpositionen des Kantons weit aus mehr Wirkung, als über den relativ kleinen Betrag, der in der Wirtschaftsförderung im Budget reserviert ist. Deshalb beinhaltet dieser Bericht eben auch die Breite über alle Sektoralpolitiken. Die Regierung klärte weiter auf über die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, wie auch über beeinflussbare und unbeeinflussbare Faktoren. Die Kommission möchte Regierungsrat Trachsel ein Kompliment aussprechen. Er hat einen sehr guten Bericht vorgelegt, es ist sozusagen sein abschliessender Bericht. Er kann heute und morgen noch einmal in ganzer Breite der wirtschaftlichen Tätigkeit mit uns diskutieren.

ren und ich gönne ihm das von Herzen. Der Bericht hat uns in der Kommission insgesamt befriedigt.

Nun, wie hat die Kommission gearbeitet? Die Arbeit zeigte sich nicht überraschend als aufwändig. Sieben Sitzungen waren notwendig, um den Bericht durchzubearbeiten. Die Kommission einigte sich darauf, die Auslegung zur Kenntnis zu nehmen. Gemäss Art. 66 Abs. 2 im Gesetz über den Grossen Rat nimmt der Grosse Rat Kenntnis von Berichten. Dann haben wir die Fazits besprochen. Und dann schliesslich, und das finden Sie dann im Protokoll, die Stossrichtungen zustimmend, ablehnend, in Form einer Erklärung oder ohne Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Und wir haben dann insbesondere gemäss Art. 66 Abs. 1 die Stossrichtungen gewürdigt und in einzelnen Teilen dazu eben Stellung genommen. Die Kommission hat einzelne dieser Stossrichtungen im Protokoll dann vorgeschlagen und bat die Fraktionen in diesem Sinne auch nur in Form von Stossrichtungen ihre Erklärungen heute im Rat zu beantragen. Die Kommission hat zudem vorgängig abgewogen, ob sie ein Rahmengesetz über die wirtschaftliche Entwicklung als zielführend betrachtet. Sie hat dies verworfen. Dem gegenüber hat das Parlament die Möglichkeit, in allen Sektoralpolitiken Stossrichtungen zu formulieren oder aber in separaten Vorstössen zu beeinflussen. Und dann steht das revidierte GWE zukünftig flankierend zur Seite.

Die vorberatende WAK fordert aber die Regierung auf, umfassender gemeinsam über die Sektoralpolitiken hinweg die wirtschaftliche Entwicklung besser zu koordinieren und Hemmnisse abzubauen. Die Kommission hat deshalb eine zusätzliche Stossrichtung, Einsatz kantonalen Mittel, formuliert. Sodann sollten wir heute die zu besprechenden Stossrichtungen der Regierung in der Detailberatung in einer gewissen Flughöhe beraten und nicht in alle Details gehen. Dazu wären später dann die revidierten Spezialgesetze möglich oder vorhanden. Also, es gibt heute zuzusagen die Aufnahme in eine Pendenzenliste und nicht die Abarbeitung der Pendenzen. Die WAK hat mit der Regierung abgesprochen, dass sie diese Pendenzenliste dann von Zeit zu Zeit auch wird überprüfen können und die Regierung ist aufgefordert, diese in entsprechenden Anträgen über Spezialgesetze dann abzuarbeiten. Dies erlaubt dem Grossen Rat, heute die Stossrichtungen summarisch zu überweisen. Eine Detailberatung erfolgt wie gesagt dann später individuell, wie auch das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung. Aus diesem Grund, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, bitte ich im Namen der Kommission, nicht jede Stossrichtung heute schon detailliert zu besprechen. Dies würde definitiv den zeitlichen Rahmen sprengen. Ich gebe Ihnen dazu ein Beispiel: Gemäss Kommission sind bereits 79 Stossrichtungen zu besprechen. Weitere zirka 20 Stossrichtungen erwarte ich heute, 14 sind schon eingegangen, sodass wir also gegen 100 ergänzte oder neue Varianten beraten dürfen. Bei nur fünf Wortmeldungen pro Stossrichtung gibt das 500 Wortmeldungen. Wenn jede Wortmeldung nur drei Minuten dauert, gibt das 1500 Minuten Beratung. Und das sind 25 Stunden. Und ich glaube, Herr Landespräsident, Sie müssen dann nicht eine Abendsitzung einführen, sondern eine Nachtsitzung. Helfen Sie mit, dass wir

dies nicht so benötigen, dass Sie heute nur, aber immerhin den, Auftrag zur Weiterarbeit erteilen. Wie gesagt, ohne die Details zu besprechen. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, auf der anderen Seite können Sie heute und morgen über 100 Aufträge erteilen. Und Sie hätten damit ein Beispiel enormer Effizienz geleistet, denn so viele Aufträge in zwei Tagen wurden auch noch nie in diesem Grossen Rat beschlossen.

Nun, unter dieser Optik beeile auch ich mich, mein Eintretensvotum abzuschliessen. Im Namen der Kommission bitte ich Sie um Eintreten auf den Bericht, um Kenntnisnahme und um Abgabe der Erklärungen gemäss Protokoll in Form von Stossrichtungen gemäss Anträgen der WAK.

*Landespräsident Campell:* Weitere Wortmeldungen von Kommissionsmitgliedern? Grossrat Marcus Caduff, Sie haben das Wort.

*Caduff:* Mit meinem Auftrag vom April 2013 forderte ich gemeinsam mit 60 weiteren Unterzeichnern die Regierung auf, die Totalrevision des Gesetzes über die Wirtschaftsentwicklung zu stoppen und stattdessen eine Gesamtschau beziehungsweise eine Gesamtstrategie zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Graubünden aufzuzeigen. In der Zwischenzeit liegt der geforderte Bericht mit der Gesamtschau zur Bündner Wirtschaft mit der geforderten Analyse des Ist-Zustandes sowie mit den zu erreichenden Zielen in Form von Stossrichtungen vor. Ich möchte an dieser Stelle der Regierung meinen Dank aussprechen für die Bereitschaft, die Totalrevision des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes zu Gunsten der Erarbeitung eines Gesamtberichtes zurückzustellen. Basierend auf einer konzisen und guten Analyse des Ist-Zustandes hat die Regierung die Stossrichtungen für die künftige Entwicklungen der Bündner Wirtschaft erarbeitet. Mit der Formulierung der Stossrichtungen hat uns die Regierung aufgezeigt, wo sie die Schwerpunkte der künftigen Entwicklungen des Kantons sieht und mit welchen Massnahmen die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden soll. Anlässlich der nun zuführenden Diskussion ist es an uns zu diskutieren, ob wir die Stossrichtungen teilen. Meines Erachtens ist es eine wichtige Diskussion für die künftige Entwicklung des Kantons. Die Bündner Wirtschaft steht vor einigen grossen Herausforderungen. Auf einige davon haben wir allein aufgrund der geografischen, topografischen Lage unseres Kantons wenig Einfluss. Umso wichtiger ist es, jene Rahmenbedingungen, welche wir beeinflussen können, so zu gestalten, dass eine positive Wirtschaftsentwicklung möglich ist. Die Erkenntnisse und Beschlüsse aus der nun zu führenden Diskussion sind die Basis für die künftigen wirtschaftspolitischen Massnahmen des Kantons. Die Totalrevision des Gesetzes über die Wirtschaftsentwicklung wird nur eine von verschiedenen künftigen Massnahmen sein. Weitere Massnahmen in verschiedenen Sektoralpolitiken, wie beispielsweise Raumordnung, Steuern, Bildung, Forschung, Gesundheit etc. werden erforderlich sein. Wir können in unserem Kanton nicht überall alles fördern. Entsprechend ist eine Fokussierung notwendig.

Wenn ich eine Kritik am Bericht anbringen möchte, dann ist es jene, dass bezüglich Fokussierung mehr Mut möglich gewesen wäre. Eine klarere Positionierung des Wirtschaftsstandortes Graubünden hätte ich gewünscht. In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch auch an uns alle appellieren, mit Anträgen, welche eine weitere Verwässerung der Fokussierung beinhalten, zurückhaltend zu sein. Ich bin mir bewusst, dass Fokussierung auch Verzicht bedeutet und wer für Verzichte plädiert, gewinnt keine Preise. Ich freue mich auf eine spannende Debatte zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Graubünden.

*Davaz:* Der Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden, aber auch die jüngsten Studien der CS und UBS, welche sich mit der Standortqualität sowie dem kantonalen Wettbewerbsindex befassen, zeigen deutlich: Graubünden steht vor sehr grossen wirtschaftlichen Herausforderungen. Beide Studien platzieren den Kanton Graubünden auf Rang 23 von 26 Kantonen. Einzig das Bündner Rheintal kann es mit dem Median der 110 beurteilten Schweizer Wirtschaftsregionen aufnehmen und belegte den Platz 40. Aber auch hier ist der Index rückläufig. Die Frage muss erlaubt sein: Wollen wir überhaupt im Sinne der vorgeschlagenen Stossrichtungen aktiv werden oder überlassen wir es den Marktkräften? Die SVP ist überzeugt, dass mit klugen Investitionen und gezielten Förderungen mittel- bis langfristig die Trendwende erreicht werden kann. Unsere Chancen sind intakt, das benötigte Wirtschaftswachstum von eins bis zwei Prozent zu erreichen. So bietet das Bündner Rheintal Chancen für die Ansiedlung für neue Unternehmungen, sozusagen an der Peripherie des Wirtschaftsraumes Zürich. Unsere Herausforderung ist die Sicherstellung von rasch verfügbarem Boden sowie die Bereitstellung von hochqualifizierten Fachkräften durch den Ausbau der HTW und die zur Verfügungsstellung von naturwissenschaftlichen Laboratorien. Im Tourismus bieten wir eine hohe Schneesicherheit sowie einmalige landschaftliche Vorzüge sowie breit diversifizierte Destinationen, teilweise mit Weltrang. Vielleicht dürfen wir auch längerfristig auf eine Renaissance der Hotellerie, aufgrund der Beschränkung des Zweitwohnungsbaus, hoffen.

Unsere Chancen sind intakt, jedoch müssen wir bereit sein, zu investieren, damit wir die Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen. Es ist unser Trumpf, dass wir noch über finanzielle Reserven verfügen. Das ausgewiesene grosse Vermögen von 2,6 Milliarden ist jedoch gebunden, nicht verfügbar, nicht einmal vergleichbar mit einem Vermögen in einem Unternehmen. Auch hier gilt: Nur Bares ist Wahres. Die zur Deckung des Finanzierungsfehlbetrages verfügbaren 500 Millionen Franken werden jedoch in den nächsten 5 bis 10 Jahren aufgrund der künftigen Defizite wohl aufgebraucht. Dabei brauchen wir einen grossen Teil dieser Reserven um die Bündner Wirtschaft in den nächsten 10 bis 20 Jahren wieder auf Wettbewerbskurs zu bringen. Wir müssen heute säen, damit wir morgen ernten können. Ohne grosse Investitionen in die Rahmenbedingungen, Bodenverfügbarkeit, Infrastruktur und teilweise auch in touristische Produkte werden wir das notwendige Wachstum von ein bis zwei Prozent pro Jahr nicht zuwege bringen.

Ohne dieses Wachstum werden wir das Ziel der Aufrechterhaltung der dezentralen Besiedelung nicht erreichen. Die Abwanderung würde sich beschleunigen. Die Lösung heisst sparen und investieren. Es ist deshalb sehr erfreulich, dass nun auch die Regierung erkannt hat, dass es ein Sparpaket braucht. Für meinen Geschmack noch etwas gar zögerlich, aber es geht in die richtige Richtung. Eine finanzpolitische Analyse sei bereits in Auftrag gegeben. Bemerkenswert und Anlass zur Hoffnung gibt auch der Sinneswandel der verschiedenen Votanten anlässlich der gestrigen Budgetdebatte. Mit Ausnahme des Präsidenten der BDP haben sich für die Notwendigkeit eines Sparprogrammes alle ausgesprochen oder zumindest besorgt über die finanzielle Entwicklung gezeigt. Dies, nachdem sie vor zwei Monaten in der Oktobersession das Geld noch grosszügig ausgegeben haben. Aber auch hier gilt: Es ist nie zu spät. Die SVP-Fraktion fordert ein Entlastungsprogramm von 70 Millionen Franken pro Jahr. Wir wissen, das wird kein Spaziergang. Wir sind aber überzeugt, es ist der einzige Weg, damit dem Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden, den wir nun ausgiebig diskutieren werden, auch Taten folgen werden, ja müssen. Die SVP ist für Eintreten.

*Dudli:* Sie haben heute die Chance, als Parlament strategisch zu denken und zu handeln, indem Sie für die zukünftig zu führende Gesetzgebung in unserem Kanton die Stossrichtung unserer Wirtschaftspolitik in allen sektoriellen Bereichen festlegen, welche für die nächsten Jahre die Voraussetzungen für eine positive Wirtschaftsentwicklung unseres Kantons schaffen. Arbeitsplätze zu erhalten, Arbeitsplätze zu schaffen, Einkommen für unsere Bevölkerung sicher zu stellen, für unsere Jugend Zukunftsperspektiven geben, in unserem Kanton zu bleiben. Strategische Stossrichtungen zu diskutieren heisst, auf strategischer Flughöhe in den Sektoralpolitiken Leitplanken festzulegen, nicht operative Details abzuklären und auszuarbeiten, die in der Ausarbeitung der Gesetzgebung in diesem Parlament festgelegt werden, also später. Bei der Förderung der Wirtschaftsentwicklung geht es nicht darum, Geld auszugeben, Geld zu verteilen für Strukturerhaltung. Für dies gibt es den Subventionsbereich und die Mittel aus dem Finanzausgleich. Eine positive Wirtschaftsentwicklung fördern heisst, Stärken stärken. Das heisst z.B. starke Unternehmen in unseren Kanton zu holen, die Wertschöpfung generieren und damit Steuersubstrat ergeben. Wir müssen zuerst säen, sprich Geld verdienen, erst dann können wir ernten, sprich Geld ausgeben für strukturerhaltende Massnahmen. Jedem Bauer ist dieser Prozessablauf bekannt. In der Politik wird er oft vergessen. Wir müssen uns auch auf wenige prioritäre Stossrichtungen in den verschiedenen Sektoralpolitiken beschränken, weil wir nicht über beliebige finanzielle Ressourcen verfügen. Und die Zukunft im Staatshaushalt zeigt Richtung rot. Ich hoffe, wir können auf der strategischen Flughöhe diskutieren und diesen Bericht zügig behandeln. Dieser Bericht zeigt Stossrichtungen in diesem Sinne auf. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.



*Wieland:* Wie bereits einleitend der Kommissionspräsident erwähnt hat, ist der Wirtschaftsbericht sehr umfassend und breit abgefasst und zeigt ein sehr gutes Bild von der Wirtschaftsverfassung des Kantons Graubünden und ist sehr transparent. Er zeigt auch auf, dass im urbanen Gebiet zwischen Fläsch und Thusis die Wirtschaft sich absolut mit der Wirtschaft in der Schweiz messen kann und absolut gute Chancen bestehen, sich wirtschaftlich zu bestätigen. In den periphereren Lagen, in den Tälern draussen, stellt er fest, dass vor allem im Tourismus Chancen zu sehen sind. Eine Erkenntnis, die wir schon bereits seit 150 Jahren haben. Der Tourismus wird sicher der grosse Motor in den Tälern sein und mit dazu beitragen, dass die Entvölkerung gestoppt wird und vor allem die Leute dort ihr Auskommen haben. Man muss aber auch erkennen, dass die staatlichen Förderungen sehr begrenzt sind. Wenn man bedenkt, dass allein im Churer Rheintal sicher mehrere Milliarden in die Wirtschaft investiert worden sind, muss man nicht glauben, dass man mit einigen hunderttausend Franken Wirtschaftsförderung betreiben kann, die Nachhaltig sein wird. Ich bin überzeugt, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht vom Staat angestossen werden kann, sondern unbedingt von Unternehmern ausgehen muss. Unternehmer, die eine Chance sehen, in einem Produkt, in einem Angebot, das sie selber weiterentwickeln und voll mit ihrem eigenen Kapital drauf setzen und ich bin auch überzeugt, dass diese guten Ideen zu finanzieren sind, sei es durch Banken, sei es durch private Investoren. Wenn der Staat mit finanziellen Zuwendungen sich irgendwie einbringen soll, dann soll er dies vor allem in Gebieten tun, wo vielleicht irgendein Wirtschaftszweig sich entwickeln möchte, weil er in dieser Region steht, nicht zum genügend Kapital kommt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass eine Bank ein Betrieb im Churer Rheintal bedeutend mit mehr finanziellen Mittel ausstatten wird, als dies beispielsweise im Albulatal, obwohl er genau dasselbe tut. Dort könnte man sich allenfalls überlegen, wie weit der Staat sich als Sicherheit anbieten könnte. Wie gesagt, ich bin überzeugt, wenn die Projekte gut sind, lassen sie sich auch in den Randregionen finanzieren.

Sehr wichtig ist, dass die Regelungsdichte für die Unternehmen möglichst gering ist, so dass sich diese sehr schnell und zielgerichtet auf neue Situationen einstellen können. Ich kann Ihnen ein ganz kleines Beispiel aus meinem eigenen Betrieb erwähnen: Wir versuchten vor Jahren eine Pflanzenart in einer Grösse zu produzieren, die es in der Schweiz damals nicht gab. Innerhalb von Jahresfrist tätigten wir die Investitionen, boten die Pflanzen im Raum Zürich an, erzielten beste Preise, so dass etwas für uns im Betrieb übrig blieb. Ein Jahr darauf hat bereits ein anderer Konkurrent das Produkt auch hergestellt, die Preise waren noch einigermaßen moderat. Im dritten Jahr konnten wir knapp die Gesteungskosten decken und es blieb nichts mehr und wir mussten uns auf ein neues Produkt fokussieren. Sie sehen also, in sehr kurzer Zeit muss ein Betrieb reagieren können und deshalb ist es sehr wichtig, dass der Staat sehr schlanke und schnelle Entscheidungsfindungen anbietet, so dass man sich auch wirtschaftlich entwickeln kann. Ich bin der Auffassung, dass der Staat sich in erster Linie auf die

Rahmenbedingungen konzentrieren soll. Diese sind: gute Erreichbarkeit durch Strassen, durch den öffentlichen Verkehr usw. Das Steuerklima sollte so sein, dass die erwirtschafteten Gewinne im Betrieb bleiben und reinvestiert werden können. Ebenso sollte die Abschreibungspraxis investitionsfördernd sein, so dass die Betriebe all das erwirtschaftete Kapital reinvestieren und damit Arbeitsplätze erhalten und auch Arbeitsplätze schaffen. Was auch sehr wichtig ist, dass der Staat, vor allem die staatlichen Stellen, die Handlungsspielräume ausschöpfen zu Gunsten eines Projektes und dann wirklich versuchen, alles zu unternehmen, dass diese wirtschaftliche Tätigkeit auch ermöglicht wird. Dies sind nur einige Rahmenbedingungen, die ich hier nenne. Es gibt sicher noch sehr viele andere.

Ich möchte zum Schluss kommen und Ihnen eine Stossrichtung sagen für den ganzen Wirtschaftsbericht. Wenn ich das auf einen Nenner bringen möchte, dann würde ich sagen: Wirtschaft wird von Unternehmern betrieben, lassen wir die Unternehmer auch etwas unternehmen. Ich bin für Eintreten auf den Bericht.

*Peyer:* Eine Vorbemerkung: Wir haben Regierungsrat Trachsel und sein Departement oft kritisiert. Wir haben das zu Recht gemacht. Wir können aber auch sagen, wie es schon der Kommissionspräsident gesagt hat, hier wurde wirklich gute Arbeit gemacht. Und deshalb dürfen wir ihn auch einmal loben. Und das soll auch gemacht werden. Sowohl er als auch das Departement, insbesondere Frau Felix und Herr Arpagaus, haben auch während der Kommissionsberatung sehr kompetent zusätzlich zum guten Bericht Ausführungen gemacht. Sie haben viele zusätzliche Unterlagen geliefert, die noch von der Kommission oder von einzelnen Kommissionsmitgliedern angefordert wurden, innert kürzester Zeit erstellt und das war wirklich erfreulich. Wir können nun leider nicht mehr sagen: Weiter so. Aber wir können, um einen anderen Ausdruck aus der Wirtschaftswelt zu gebrauchen, dem Nachfolger sagen: Der Benchmark ist gesetzt. Nun zum Bericht selbst: Eine der Zusatzunterlagen, die uns geliefert wurden, ist ein kleiner Bericht der KPMG, den das AWT im Frühjahr 2012 in Auftrag gegeben hat. Er heisst „Wirtschaftsförderung im internationalen Kontext“ und die KPMG, die aus linker Sicht ja völlig unverdächtig ist, hat ein paar Empfehlungen abgegeben. Und ich möchte Ihnen nur vier Sätze daraus zitieren. Erster Satz: „Wie bereits aufgezeigt, ist grundsätzlich die Qualität der Infrastruktur für einen Wirtschaftsstandort einer der entscheidenden Faktoren.“ Zweiter Satz: „Weiter sind qualifizierte Arbeitskräfte für viele Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor.“ Dritter Satz: „Die Abgänger der HTW Chur sollen möglichst im Kanton Graubünden gehalten werden.“ Vierter Satz: „Die vergleichbar tieferen Löhne können zwar grundsätzlich ein Standortvorteil sein, insbesondere mit Blick auf qualifizierte Arbeitskräfte kann sich dies aber auch als Nachteil erweisen.“ Sie sehen, vier Schlagworte zu Beginn dieses Berichts. Nämlich Infrastruktur, Bildung, Fachkräfte, Löhne. Und natürlich hat die KPMG dann weiter hinten auch noch etwas geschrieben zum Thema Steuern. Ich verzichte, das zu zitieren. Wir kommen noch darauf. Aber nochmals, zuerst auch bei der KPMG: Infrastruk-

tur, Bildung, Fachkräfte und Löhne als wesentliche Voraussetzung für einen guten Wirtschaftsstandort. Was leider fehlt, sowohl bei der KPMG als auch im Bericht des Departements, und das ist eigentlich unsere einzige grössere Mängelrüge, ist, dass kein Wort gesagt wird zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wenn wir von Fachkräften sprechen und wenn wir davon sprechen, gut ausgebildete Leute im Kanton zu halten, dann muss es zwingend auch einen Link dazu haben, dass Beruf und Familie besser vereinbart werden kann. Dies fehlt hier und das ist noch nachzuholen. In diesem Sinne ist die SP gerne bereit, in die Diskussion einzutreten. Wir freuen uns darauf.

*Standespräsident Campell:* Weitere Mitglieder der Kommission? Wenn dies nicht der Fall ist, eröffne ich die Diskussion für alle. Ich erteile das Wort Grossrat Ilario Bondolfi.

*Bondolfi:* Der Bericht ist informativ, instruktiv, ist gut strukturiert. Es ist ein gutes Arbeitspapier. Erlauben Sie mir dennoch zwei kritische Bemerkungen. Zum einen: Gemäss diesem Bericht soll sich die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsförderung nach den Grundsätzen der Priorisierung und Fokussierung in der Verwendung der Mittel, der knappen Mittel, richten. Die Regierung hat erläutert, in nachvollziehbarer Weise, weshalb sie dies will. Dies ist ein dogmatischer Grundsatzentscheid. Man kann dafür oder man kann dagegen sein. Wenn man aber dafür ist und eine Priorisierung und Favorisierung favorisiert, eine Verzichtplanung befürwortet, auf struktur-erhaltende Massnahmen verzichtet, wenn man all dies will, dann muss man auch die gesellschaftspolitische Frage beantworten. Nicht eine wirtschaftspolitische, sondern eine gesellschaftspolitische Frage beantworten: Was soll denn mit jenen Gebieten und Regionen geschehen, die nicht mehr unterstützt werden und die quasi von der Wirtschaftsförderung fallen gelassen werden? Und solche wird es geben. Es mag sein, dass Wirtschaftsförderung Stärken stärken bedeutet. Dies ist aber sicherlich nur ein Teilaspekt. Wir können es bei dem nicht bewenden lassen. Wir müssen uns auch mit der Frage auseinandersetzen, was mit den übrigen Teilen des Kantons geschehen soll. Es mag allenfalls sein, dass in formeller Hinsicht diese Frage nicht zur Diskussion betreffend Wirtschaftsförderung gehört. Dies ändert allerdings nichts an der Brisanz der Frage. Im Kanton Graubünden gibt es wirtschaftsschwache Regionen, die auf Fördermassnahmen angewiesen sind. Nun schlägt uns aber die Regierung vor, auf solche Fördermassnahmen zu verzichten. Dort werden Arbeitsplätze verloren gehen und es wird zu Abwanderung und Entvölkerung kommen. Ich bitte die Regierung hierzu um entsprechende Ausführungen.

Ich komme zur zweiten Bemerkung: Ich vermisse im Bericht auch Ausführungen zum Service public und solche dürfen in einem Wirtschaftsbericht nicht fehlen. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmungen, besonders in Randregionen, spielen auch Service public-Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Denken Sie hier an das Dienststellennetz der schweizerischen Post, an gute Verkehrsverbindungen auch des öffentlichen Verkehrs,

an Schulen etc. Ich habe festgestellt, der Auftrag Cavigelli aus dem Jahre 2009, der genau diese Thematik zum Gegenstand hatte, ist noch nicht abgeschrieben worden. Vielleicht wird die Regierung hierzu dann zu einem späteren Zeitpunkt Ausführungen machen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, bitte ich die Regierung, auch zu diesem Punkt um Ausführungen. Ich danke der Regierung für die gute Arbeit und bin für Eintreten.

*Michael (Donat):* Der Kanton Graubünden ist als Folge der topografischen und geografischen Verhältnisse in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den Agglomerationen benachteiligt. So heisst der erste Satz unter „Das Wesentliche in Kürze“ im Bericht. Diese Aussage kann ich eins zu eins auf unsere Talschaften herunterbrechen. Die topografischen und geografischen Verhältnisse bilden dann auch die Schwierigkeiten und Herausforderung der Entwicklung über unseren ganzen Kanton. Obwohl unsere Beratung in dieser Session im Moment nur einen Bericht zur Wirtschaft betrifft, können unsere Vorgaben und der folgende Vollzug im Gesetz Einfluss auf das langfristige Weiterbestehen von ganzen Talschaften haben. Je nach Entscheidungen beeinflussen wir nicht nur eine gesamte wirtschaftliche Entwicklung in unserem Kanton, sondern auch den Erhalt unserer Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit als Kanton Graubünden. Wenn wir nicht in einem Einheitsbrei mit der übrigen Schweiz enden wollen, wird unser Vorteil, der wirtschaftlich sicherlich auch als Nachteil zu werten ist, aber den wir so zu akzeptieren haben, aufs Spiel zu setzen wollen, eine differenzierte Wirtschaftsförderung über den gesamten Kanton zu ermöglichen. Ein Teil dieser Differenzierung kann die Einzelbetriebsförderung sein. Obwohl mir bewusst ist, dass die Umsetzung diese Förderung mit aller Vorsicht zu handhaben ist und auch zu Benachteiligungen führen kann, sollte diese Möglichkeit der Förderung auch weiterhin bestehen bleiben. Schaffen wir nicht ab, was sich nachweislich bewährt hat.

Nicht unterstützen kann ich das Vorhaben einer aktiven Verzichtplanung. Wenn nur Verzichtplanung vorgesehen wäre, könnte ich noch fast damit leben. Weil aber diese Planung auch noch aktiv angegangen werden soll, unterstütze ich ganz klar die Kommissionsminderheit. Ich befürchte, die Verzichtplanung könnte sich zu einer Verhinderungsplanung entwickeln. Für mich ist nicht klar, wie diese Planung auch umgesetzt werden sollte. Für mich ist auch nicht klar, wie das gehandhabt wird. Wird ein Mitarbeiter des AWT oder ein Planungsbüro beauftragt, für jede Region eine Planung zu erstellen, auf was verzichtet werden soll? Eventuell kann uns Regierungsrat Trachsel informieren, wie dies angegangen werden soll. Die vorhandenen Ressourcen sollten genutzt werden, um das Mögliche aufzuzeigen, und nicht um etwas zu verhindern. Auf negativ formulierte Vorhaben sollte unbedingt verzichtet werden. Allgemein habe ich den Eindruck, dass der Bericht die Absicht hat, die Starken zu stärken und die Schwachen zu schwächen. Ich bin gleicher Meinung, dass rein wirtschaftlich betrachtet und sehr kurzfristig gesehen die Stärkung von einzelnen Zentren Vorteile bringen kann. Aber es ist eine Utopie zu meinen, dass mit einem Aufschwung im Raum Thusis

gleichzeitig das Avers und das Rheinwald davon profitieren könnten. Es könnte aber sein, dass ich die Aussage regionales oder kantonales Zentrum falsch interpretiere. Daher hätte ich gerne gewusst, wer namentlich aus Sicht der Regierung ein kantonales und regionales Zentrum auch ist. Der Bericht bietet trotz meiner Kritik mit einigen Anpassungen eine gute Grundlage für das Gesetz. Die Anpassungen sollten meiner Meinung nach vor allem die Peripherie betreffen. Daher bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie Anträge, die den Erhalt unserer Talchaften und unserer Vielfältigkeit in unserem Kanton Graubünden bezwecken mit Wohlwollen prüfen und danach auch unterstützen.

*Cramer:* Bei allem Lob, das wir heute schon gehört haben für den Wirtschaftsentwicklungsbericht, möchte ich doch auch zwei, drei kritische Bemerkungen anbringen. Von einem Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden hätte ich mir eigentlich erwartet, dass dieser auch mögliche Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Graubünden aufzeigt. Gerade als einer der Jüngsten in diesem Saal hätte ich gerne erfahren, wie die Regierung die mittel- und langfristige Entwicklung auch in den Regionen sieht. Etwas ernüchtert muss ich feststellen, dass selbst die Regierung keine Rezepte gegen das unterdurchschnittliche Wachstum in vielen Regionen gegen den Rückgang an Logiernächten oder gegen die Abwanderung hat. Vom Pioniergeist des Films, den wir gestern gesehen haben, ist wenig zu spüren in diesem Bericht. Statt einem Wirtschaftsentwicklungsbericht zu präsentieren, diskutieren wir heute einen Wirtschaftsstillstandsbericht. Wenn ich als Vertreter der Region Mittelbünden diesen Bericht lese, müsste ich fast Depressionen bekommen. Aber keine Sorge, ich bin hart im Nehmen. Ich hätte von der Regierung mehr Weitsicht, mehr Innovation, die von den Unternehmen immer wieder gefordert wird, und vor allem eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Ausgangslagen in den verschiedenen Regionen gewünscht. Der Staat sollte sich darauf konzentrieren, gute Rahmenbedingungen zu setzen und eine attraktive Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Potenzialen und den möglichen Entwicklungsszenarien in den Regionen hätte es auch erlaubt, im Hinblick auf die Infrastruktur und die Rahmenbedingungen die notwendigen Massnahmen adäquat zu ergreifen. Ich sehe beim besten Willen nicht, wie auf der Grundlage dieses Wirtschaftsentwicklungsberichts ein Wirtschaftsentwicklungsgesetz erarbeitet werden soll, das mittel- und langfristig wirklich neue Arbeitsplätze und neue Unternehmungen im Kanton Graubünden, und vor allem auch in den ländlichen Regionen, angesiedelt werden können und den Regionen auch eine wirkliche Perspektive gibt. Nur mit der Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung und der Möglichkeit, dass der Kanton selbst Land erwerben kann und dann auch noch selbst bestimmt, wie er dieses Land schliesslich erwerben darf, ist es nicht getan.

Positiv am Bericht ist, und das möchte ich nicht unterlassen festzuhalten, dass wir eine breite Auslegeordnung über alle Sektoralpolitiken haben. Die einen sind hier etwas einfallsreicher und die anderen etwas weniger einfallsreich ausgefallen. Ich bin für Eintreten, damit wir

die wirtschaftliche Entwicklung dieses Kantons zumindest mitbestimmen können.

*Pult:* In Ergänzung zu einigen interessanten Aussagen, die bereits gemacht wurden, auch noch ein Lob meinerseits. Ich finde den Bericht als Orientierungsrahmen, wie er auch selbst bezeichnet wird, gut. Es ist eine gute Bestandsaufnahme, eine gute Analyse der wirtschaftlichen Situation und der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre in unserem Kanton. Es stimmt, es fehlen Szenarien. Allerdings, die Frage ist, hätte sich ein riesiger Aufwand, in Szenarien zu investieren, wirklich gelohnt, wenn wir wissen, dass die Wirtschaft ja etwas ist, das nur sehr bedingt irgendwie politisch gesteuert und gelenkt werden kann?

Ich möchte in dieser Eintretensdebatte ein paar Spots auf ein paar aus meiner Sicht grundsätzliche Dinge richten. Natürlich ist das nicht abschliessend. Erstens: Ohne Tourismus ist in der Bündner Wirtschaft alles nichts, aber Tourismus ist nicht alles. Natürlich ist Tourismus überlebenswichtig für viele unserer Regionen, für die dezentrale Besiedlung. Aber wir müssen auch ehrlich zu uns selber sein. Wenn wir die Ist-Analyse anschauen, beispielsweise auf der Seite 269 des Berichtes, dann müssen wir feststellen, dass unsere starke Abhängigkeit vom Tourismus aber auch von der Bauwirtschaft, von der Landwirtschaft, natürlich auch Teil unseres strukturellen Problems als Volkswirtschaft Graubünden ist. Wir wissen, Tourismus, Bauwirtschaft, Landwirtschaft sind so ziemlich die unproduktivsten Branchen. Damit sage ich nicht, dass die Leute, die dort arbeiten, nicht produktiv sind, die sind sehr fleissig, die arbeiten hart, die arbeiten sehr viel. Aber ökonomisch betrachtet, wenn man es in Geldwerte umrechnet, sind das unproduktive Branchen. Und unsere Wettbewerbsnachteile als Gesamtvolkswirtschaft basieren sehr stark darauf, dass bei uns diese Branchen überdurchschnittlich bedeutend sind für die Gesamtwirtschaft. Ich plädiere überhaupt nicht dagegen, den Fokus der Wirtschaftsförderung auf den Tourismus zu legen. Das müssen wir. Weil es einfach für sehr viele Regionen fast die einzige Möglichkeit für Entwicklung ist. Aber wir müssen gesamtkantonal auch denken und dafür sorgen, dass wir eben, da wo wir Chancen für Diversifikation haben, da wo wir Chancen haben, im industriellen Bereich noch stärker zu werden, im Hightechbereich noch besser zu werden, dass wir das eben auch gut unterstützen. Dass wir mit geeigneten Massnahmen, mit geeigneten Rahmenbedingungen auch dafür sorgen, dass wir da, wo wir noch diversifizieren können, das auch machen. Denn noch mehr abhängig zu sein von Branchen, die relativ betrachtet eben unproduktiv sind und deshalb weniger Wertschöpfung auch machen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres gesamten Kantons schwächen, wäre wahrscheinlich nicht richtig.

Zweiter Punkt: Tourismus. Ich glaube ein Verdienst dieses Berichts ist auch die sehr klare Analyse, mindestens auf Ebene der Grafiken, wo eigentlich ein wesentlicher Teil, ich würde sagen, fast die Tiefenursache der Krise unseres Tourismus liegt. Wenn Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die Seite 272/273 des Berichtes legen, dann sehen Sie, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus entwickelt hat, beispielsweise in unseren Nach-

barregionen Vorarlberg und Tirol, jetzt beim Indikator der Vier- und Fünf-Sterne-Hotels und wie sich das in der Schweiz entwickelt hat. Und dann sehen Sie auf der nächsten Seite, wie die Bettenstruktur ist in den verschiedenen Regionen. Und man sieht bei uns generell in der Schweiz, aber sehr stark auch in Graubünden, wir haben einen massiven Überhang von Zweitwohnungsbetten. Ich glaube, der zuständige Mann bei Avenir Suisse, Daniel Müller-Jentsch, man muss mit Avenir Suisse überhaupt nicht immer einverstanden sein, aber er hat etwas Wesentliches gesagt. Er hat einmal gesagt, der Zweitwohnungsboom hat die Hotellerie, hat den Tourismus weitgehend kannibalisiert in den letzten Jahrzehnten. Wir haben mit dem Boom an kalten Betten die Wettbewerbsfähigkeit unserer wichtigsten, unserer überlebenswichtigen Branche, wir haben zugelassen, dass das stark eingeschränkt wurde. Und es gehört zu einer strategischen wirtschaftspolitischen Diskussion, auch die Einsicht zu haben, dass da grosse Unterlassungssünden gemacht wurden und dass wir heute viel zu spät eigentlich versuchen müssen, aus diesem strukturellen Problem, in das wir uns hineinmanövriert haben, weil die Politik in vielen Gemeinden, Regionen und auch kantonale zu stark am Gängelband der Immobilien- und Bauindustrie war und wir den Tourismus dadurch stark vernachlässigt und geschwächt haben.

Dritter Punkt: Innovationskraft und Innovationsfähigkeit. Der grösste Teil der Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass der wesentliche Treiber von mittel- und langfristigen Wachstum, von Wirtschaftsentwicklung, Innovation ist. Mir ist klar, dass das auch ein Modewort ist und ziemlich unbestimmt. Aber trotzdem, eine Volkswirtschaft, Unternehmungen, die nicht neue Produkte, neue Prozesse, neue Ideen entwickeln, werden schon mittelfristig keine Chance haben zu überleben. Und wenn wir auch da ehrlich zu uns selbst sind und die entsprechende Literatur anschauen, dann sehen wir zwar, dass die Schweiz eines der innovativsten Länder der Welt ist, volkswirtschaftlich, dass aber unsere KMU in der Schweiz unterdurchschnittlich innovativ sind im europäischen Vergleich. Die Innovationskraft vieler KMU, natürlich gibt es Ausnahmen, ist unterdurchschnittlich. Die hohe Innovationskraft des Landes, der schweizerischen Volkswirtschaft, beruht vor allem auf unseren multinationalen Konzernen, vor allem die Pharmaindustrie, und auf unseren Hochschulen, vor allem der ETH in Lausanne und in Zürich. Deshalb muss doch die Politik, und das natürlich gilt noch verstärkt für Graubünden, deshalb sollte die Politik alle Massnahmen, die sie im Wirtschaftsentwicklungsbereich ergreift, daraufhin kanalisieren, die Innovationskraft unserer Unternehmen zu stärken. Ich werde dann auch bei der einzelbetrieblichen Förderung einen entsprechenden Antrag dazu stellen. Aber das gilt auch generell. Deshalb ist eben der Teil Bildung, Ausbildung, Forschung, Hochschulen so zentral. Deshalb muss das die Priorität sein auch unserer Wirtschaftspolitik. Denn da entsteht die Grundlage für Innovation, für Forschung, für Entwicklung und damit auch für zukünftiges Wachstum, für zukünftige Perspektiven.

Und damit zum letzten Punkt: Es wurde schon von anderen in ähnlicher Weise gesagt gestern beim Budget, bei

der Budgetdebatte, und auch heute schon in dieser Eintretensdebatte: Kluge Wirtschaftspolitik muss Prioritäten setzen. Und Prioritäten setzen heisst, in den nächsten Jahren nicht unbedingt jetzt zu schnell schon ein hartes Sparpaket lancieren. Denn auch das kann natürlich kurzfristig wirtschaftlich negative Folgen haben. Aber wir müssen als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger die richtigen Prioritäten setzen. Und die richtigen Prioritäten sind, wie bereits erwähnt, aus meiner Sicht Investitionen in Forschung, in Entwicklung, Förderung dieser Investitionen von Privaten, aber auch eigene öffentliche Investitionen in diesem Bereich, eine Stärkung unserer Hochschulen, die wir haben, eine Stärkung der Forschung, die wir im Kanton haben und das wird Geld kosten. Das wird substanziell Geld kosten. Und wenn man dieses Geld ausgeben will, in Anlehnung an die Aussage von Kollege Dudli, man muss zuerst säen bevor man ernten kann, ich würde sagen, man muss zuerst Geld ausgeben, bevor man Geld verdienen kann. Müssen wir in diesen Bereich investieren. Und damit wir das tun können, ohne finanzpolitisch unverantwortlich zu sein, müssen wir auch das Eingeständnis haben, egal von welcher ideologischen Grundlage wir argumentieren, dass weitere Steuersenkungen, eine weitere Verengung des Steuersubstrats einfach nicht zu stemmen ist. Das wären meine grundsätzlichen Eintretensworte. Ich freue mich auf die weitere Diskussion und schliesse.

*Kappeler:* Auch wir Grünliberale danken der Regierung und der Verwaltung für die Erarbeitung des breit abgestützten Berichts. Wir denken, der Bericht deckt die verschiedenen Sektoren ab und so ist dann auch für alle irgendeine Stossrichtung zu finden, die einem passt. Allerdings stellen wir fest, dass der Bericht eigentlich ein relativ düsteres Bild malt. Und diesbezüglich sind die Aussagen oder die Angaben zum Raumkonzept Graubünden richtig wohltuend. So werden dort die acht Handlungsräume stets positiv, d.h. mit Stärken beschrieben. Und diesbezüglich stellen wir schon die Frage, ob das nicht ein Widerspruch ist. Zum einen erstellt die Regierung im Wesentlichen ein düsteres Bild in diesem Bericht, kommt dann aber am Schluss im Kapitel Revision gesetzlicher Grundlagen zur Erkenntnis, dass eigentlich kein Revisionsbedarf besteht. So nach dem Motto, eigentlich ist alles in Ordnung. Und da fragen wir uns, ob das ja genügend Druck gibt letztlich auf die ganze Wirtschaftsentwicklung.

Auch ich möchte mich auf ein paar Themen beschränken. Zuerst zum Tourismus: Für viele Regionen wird in diesem Bericht im Tourismus das einzige Heil gesehen. Und es ist klar, der Tourismus bedeutet Existenzgrundlage für viele Bündnerinnen und Bündner. Doch auch wir fragen uns, ob es richtig ist, dem Tourismus eine so hohe Priorität einzuräumen, weil es ist nicht von der Hand zu weisen, die Übernachtungszahlen in den letzten Jahren, wir wissen es alle, sind dramatisch zurückgegangen. Und wir glauben, es ist einfach nicht realistisch, dass man von einer erneuten Zunahme im Tourismus ausgehen kann. Selbst das Wirtschaftsforum Graubünden erachtet es als eine respektable und stolze Leistung, wenn wir die jetzigen Übernachtungszahlen halten können. Ich denke, die Touristiker sind da bestimmt gefor-

dert und wir hoffen, dass die vertikale Integration, wie sie dann hoffentlich auch in den Massnahmenplänen ultimativ gefordert wird, dass die dann breit umgesetzt wird.

Eine weitere Bemerkung zum Baugewerbe: An verschiedenen Stellen wird für den Stellenabbau im Baugewerbe die Zweitwohnungsinitiative erwähnt, wird ihr die Schuld in die Schuhe geschoben. Dabei wird jedoch nicht erwähnt, dass die Anzahl beschäftigter im Hoch- und Tiefbau sowie im Ausbaugewerbe von 2008 bis 2012 um vier Prozent auf 12 000 Vollzeitäquivalente abgenommen hat, während dem in der gleichen Periode die gesamten Bauinvestitionen, also nicht nur im Hochbau, sondern im gesamten Bau um fast 20 Prozent auf 2,5 Milliarden zugenommen haben. Wäre das Verhältnis von Bauinvestitionen zu Beschäftigten gleich geblieben wie 2008, hätten heute 3000 Menschen im Baugewerbe mehr Arbeit. Man sieht daraus offensichtlich, es gibt im Baugewerbe sehr starke und sehr drastische Veränderungen und es scheint uns, dass bei der Ableitung von Strategien, dass dies schon auch Beachtung finden sollte.

Zum Energiesektor: Da erstaunt es uns eigentlich, dass kaum was erwähnt wird. Es wird auf den Strombericht, den wir hier verabschiedet haben, verwiesen. Ich denke aber, zwischenzeitlich ist doch einiges passiert und die Herausforderung in der Wasserkraft sind nicht kleiner geworden und das Feld bietet doch sicher auch Chancen, überall wo Veränderungen vorhanden sind, gibt es Chancen.

An diversen Stellen wird auf die Wichtigkeit von Arbeitskräften hingewiesen und auch auf das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte. Doch Konsequenzen zum Beheben dieser Defizite, die sind eigentlich ziemlich spärlich im Bericht. Ich habe den Eindruck, die Kommission versuchte diesbezüglich noch etwas mehr Priorität einzuräumen. Allerdings vermisse ich immer noch, beispielsweise im Zusammenhang mit der HTW, ein klares Bekenntnis hin zu den Masterstudien, die ja letztlich für den Export dringend benötigt werden. Der Bericht hat Ansprüche, die wirtschaftliche Entwicklung und ein qualitatives Wachstum zu fördern. Die Regierung möchte mit dem Bericht Massnahmen aufzeigen, welche die Ressourcenstärke Graubündens und die Wertschöpfung steigern und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Nun die Frage: Ist dies der Regierung gelungen? Aus etwas Distanz betrachtet kommen wir zum Schluss, dass die Regierung zwar in den nächsten 8 Jahren 80 Millionen Franken einsetzen will zur Unterstützung von Investitionen von Dritten, aber sonst eigentlich keinen akuten Handlungsbedarf sieht. Auch nicht, wurde schon erwähnt, bezüglich Investitionen, bezüglich Innovationen. Wir Grünliberalen bezweifeln, ob dies reicht. Doch gehen wir auch davon aus, dass letztlich nicht dieser Bericht matchentscheidend ist, sondern vielmehr die Umsetzung dann auch in den Sektoralpolitiken. Wir sind für Eintreten.

*Felix (Haldenstein):* Gestatten Sie mir, dass ich einsteige in mein kurzes Votum mit einer Replik an Kollege Andrea Davaz. Herr Davaz hat ausgeführt, dass mit Ausnahme des Präsidenten der BDP alle die Notwendigkeit eines Sparpaketes erkannt hätten. Das kann ich in diesem

Wortlaut so nicht stehenlassen. Herr Davaz, auch der Präsident der BDP erkennt die Notwendigkeit effektiver Sparbemühungen. Ein intakter Staatshaushalt ist für die Handlungsfähigkeit, gerade auch im Bereich der Wirtschaftsförderung, entscheidend. Ich bin aber gegen Schaulaufen und Ankündigungspolitik. Ein Sparpaket bedingt Ausgewogenheit und die Opferbereitschaft aller politisch relevanten Kräfte im Kanton. Wir sind dabei. Aber erst dann, wenn die relevanten Rahmenbedingungen, seitens des Bundes beispielsweise, das wurde gestern hinlänglich ausgeführt, vorliegen und damit die Übungsanlage bekannt ist. Systematik und Verlässlichkeit der politischen Arbeit sind entscheidend, auch im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Auf den vorliegenden Bericht, über den wir jetzt das Eintreten diskutieren, bitte ich Sie einzutreten. Der Bericht ist umfassend und die Stossrichtungen, wie sie von der Regierung präsentiert und von der Kommission teilweise noch präzisiert wurden, gehen meines Erachtens in die richtige Richtung. Der Grosse Rat hat in der Vergangenheit wiederholt Erwartungshaltungen an die Wirtschaftsentwicklungspolitik der Regierung und des Kantons deponiert. Diesem Aspekt gilt es Rechnung zu tragen. Ich erwarte deshalb von unserem Rat in diesem Sinne Konsequenz, dass wir mit der Beratung zum Bericht auch etwas Mut signalisieren, indem wir der Regierung die entsprechenden und notwendigen Instrumente in die Hand geben, um eben unsere hinlänglich deponierten Erwartungen auch erfüllen und umsetzen zu können. Konkrete Ansätze in der Bodenpolitik, in der Bildungspolitik oder auch in der Steuerpolitik sind Instrumente dazu. Entwicklung, auch Wirtschaftsentwicklung, findet in der Zukunft statt. Und dies birgt Unsicherheiten. Das Festhalten an festgefahrenen Strukturen, das Schüren von Ängsten oder das Geld verdienen mit der Giesskanne wären falsche Rezepte im Umgang mit diesen Unsicherheiten. Und wir müssen uns auch bewusst sein, dass Wirtschaftsentwicklung oder Wirtschaftsförderung, soweit sie dann eben an die Hand genommen wird, nicht eine Null-Risiko-Politik sein kann. Sie ist immer mit Risiken verbunden und dies muss uns auch in der Beratung dieses Berichtes bewusst sein. Deshalb bitte ich Sie, haben wir in der Diskussion der strategischen Stossrichtungen etwas Mut und geben wir der Regierung auch im Sinne der von der Kommission beantragten Stossrichtungen die entsprechenden Instrumente eben in die Hand, um unsere Erwartungen auch wirklich umsetzen zu können. Links auf dem Gas zu stehen und rechts auf die Bremse zu treten, das funktioniert nicht.

*Standespräsident Campell:* Wenn ich jetzt auf die Uhr schaue, sind wir fast bei 10.00 Uhr und da möchte ich eine Pause einlegen bis 10.30 Uhr. Wir fahren also um 10.30 Uhr fort.

*Standespräsident Campell:* Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können? Wir fahren weiter und ich erteile das Wort Grossrat Leo Jeker.

*Jeker:* Sehr Vieles ist geschrieben und gesagt worden. Ich erlaube mir ein paar allgemeine Bemerkungen zum Eintreten zu machen. Ich meine, es fehlt allerdings eine

nicht ganz unwesentliche Stossrichtung von allgemeiner Bedeutung und Wirkung. Erstens: Nicht nur schützen, auch nutzen. Zweitens: Weniger verhindern ist auch Wirtschaftsförderung. Mehr Verhältnismässigkeit ist gefragt und gefordert. Das würde uns oft viel weiter bringen, als ein Darlehen oder ein Förderbeitrag hier oder ein A-fonds-perdu-Beitrag dort. Im Wirtschaftsbericht, den ich übrigens sehr positiv vermerkt haben möchte, stehen unter allgemeine Bemerkungen, drittens Raumentwicklung, Seite 294 und folgende, aber auch 133 Verfahrenskoordination, Seiten 324 und folgende, markante Bemerkungen. Aber trotzdem, für mich noch zu wenig markant, dass es auch darum geht, die Verhältnismässigkeit zu beachten. Ich nenne ein Beispiel aus der Urgeschichte des Schneemachens. 1976, ich erwähnte das ganz bewusst, haben wir in Savognin es gewagt zu testen, ob das funktionieren könnte mit dem Schneemachen. 1978 haben wir dann gebaut, Europas erste GROSSschneeanlage. Was ist in den Folgejahren passiert? Und das ist für mich eben das Zentrale. Wenn einmal eine Innovation im Raume steht, dann soll man diese Innovation auch ermöglichen. Ermutigen, dass sie umgesetzt wird. Wir waren fast alleine. Sogar in der Branche war es nicht ganz so sicher, wie die Leute dazu stehen. Und ganz schlimm, die Umweltorganisationen haben das überhaupt nicht verstanden. Dieses Beispiel nenne ich ganz bewusst, es ist symptomatisch. Es gibt noch viele andere. Ich erwähne zwei, drei dazu. Wir haben kürzlich mitten im Skigebiet eine Bergstation zurückgebaut, die wurde 1966 gebaut, glaube ich. Ein riesen Aufwand für eine Studie, Seite um Seite, Foto um Foto, Kosten um Kosten. 100 000 Franken reichten nicht, meine Damen, meine Herren. Wir mussten alles ins Tal herunter transportieren. Die Metallgeschichte ist mir klar, aber auch den Beton. Stellen Sie sich das einmal vor. Wo sind wir eigentlich? Die Hahnenseebahn, Ski-in, Ski-out, ein Muss für das Oberengadin. Diese Bahn muss gebaut werden können. Arosa-Lenzerheide, mehrere Jahrzehnte. Ja, da nimmt mich nicht wunder, haben wir eben Rückschritte hinnehmen müssen. Jetzt steht sie Gott lob. Die kann uns niemand mehr nehmen. Oder der erste Solarskilift der Welt. Bis zum letzten Tag wehrte sich Pro Natura gegen diesen Skilift, den Ersatz eines alten, aber eben erster Solarskilift der Welt. Meine Damen, meine Herren, verstehen Sie mich bitte richtig. Das sind Beispiele, um Ihnen zu zeigen, so kann es nicht weitergehen. Und deshalb bitte ich Sie, insbesondere eben auch seitens der Regierung und auch ein Appell nach Bern, hier muss das Berggebiet die Autonomie wieder zurückbekommen. Sonst nützen uns Förderbeiträge nix. Im Gegenteil. Das sind dann mehr oder weniger noch Brosamen als Beiträge an die viel zu hohen Kosten, die wir haben gegenüber dem Ausland, nicht nur bei dem Betrieb, eben auch beim Bau. Sie sehen, es wäre noch viel zu tun. Und ich bin wirklich der Meinung, dass wir keine Alternative haben in den Gebirgsregionen zum Tourismus.

Und die Analyse von Kollege Pult, die hat schon etwas in sich. Aber man muss natürlich noch vertiefter das anschauen. Es sind auch die Kosten. Es ist der Eurokurs. Es sind die grundlegenden Unterschiede zwischen Frankreich, zwischen Südtirol, zwischen Österreich aber

auch zwischen dem deutschen Alpenraum. Das sind auch Welten. Und vergessen wir eines nicht, die Hotels in den Umliegeländer der Schweiz, die bauen dort mindestens um einen Drittel günstiger, haben mindestens einen Drittel tiefere Kosten. Ja dann ist doch ganz klar, dass die eine andere Wertschöpfung haben. Also das gehört auch zur Analyse von Kollege Pult. Nun, ich meine, es fehlt im Prinzip so eine Stossrichtung in diesem Wirtschaftsbericht. Beispielsweise Abbau der Reglementierung. Können Sie sich erinnern, die älteren Kolleginnen und Kollegen, wir hatten auch einmal ein Revitalisierungsprogramm in der Gesetzgebung. Das so genannte rote Büchlein. Das haben vielleicht nicht mehr alle hier. Ich habe es zu Hause vergessen. Aber ich werde es Ihnen einmal in Erinnerung rufen bei anderer Gelegenheit. Das gehört auch zur Stossrichtung. Oder Inventare aller Art. Da ist der Erfindergeist der Amtsstellen, aber auch der NGO auf enorm hohem Niveau. Und zu den Inventaren kommen dann meistens noch die Pufferzonen. Ja wo sollen wir dann noch bauen können? Wo sollen wir uns da im Alpenraum noch bewegen können? Das führt eben zum Ergebnis, dass kein Spielraum mehr vorhanden ist für eine Baute, welcher Art auch immer. Oder Rodungen, auch hier ist Mass zu halten. Im positiven Sinn für eine Entwicklung. Warum nicht grössere Flächen von Stauden im Bündner Rheintal eben öffnen, abholzen und das ist dann das beste Industriegelände und das Vernünftigste auch gegenüber unserer Landwirtschaft. Oder ein Renaturierungskonzept und Inventar, das neuerdings vom Amt für Natur veröffentlicht wurde. Realitätsfremd. Ja, da können wir schon reden über Wirtschaftsentwicklung, wenn wir in den engen Talschaften noch Renaturierungen umsetzen müssen. Ja da bleibt für das Gewerbe praktisch nichts mehr. Und da bitte ich wirklich dringend, in diesem Punkte allseits in den Amtsstuben des Amtes für Natur und Umwelt, aber auch bei den NGO Verhältnismässigkeit anzuwenden. Das ist Wirtschaftsförderung. Und gar nichts anderes. Es geht auch um eine gewisse Rechtsgleichheit gegenüber den Agglomerationen und den Gebirgsregionen. Nehmen Sie BAB, Bauten ausserhalb der Bauzonen. Im Tourismus bewegt sich praktisch alles im BAB. Ja wer ist dort zuständig? Wer kann Einsprache machen? Krethi und Plethi. Das geht doch nicht. Das ist Wirtschaftsverhinderung. Und da meine ich, da dürfen wir ohne weiteres mal Klartext sprechen, hier gehört mit Augenmass und nicht eben mit der Lupe durch die Gebirgsregionen zu stapfen. Es würde Averser oder einem Scuoler nicht im Traum in den Sinn kommen, zu sagen, was wir z.B. im Raume Landquart tun und lassen sollen. Oder wir Bündner würden uns niemals einmischen in den Raum beispielsweise um den Rheinfluss in Schaffhausen. Hier gilt es nun zu schauen, und da hoffe ich, dass die Regierungskonferenz der Gebirgskantone hart bleibt und immer wieder fortsetzt die Bemühung der Sensibilisierung in Bern zu Gunsten des Berggebietes. Und ich wiederhole mich zum dritten Mal: Das ist Wirtschaftsentwicklung. Und dann können wir über die übrigen Stossrichtungen ohne weiteres noch reden und ich erlaube mir dann zum Thema Bildung konkreter einige Fragen zu stellen. Ich freue mich aber sehr auf die Beratung über die Stossrichtungen.

*Koch (Igis):* Herr Kollege Davaz hat Ihnen im Wesentlichen die Haltung der SVP-Fraktion zum vorliegenden Bericht erläutert. Gerne möchte ich aber noch kurz auf den Bericht und die darin enthaltenen Formulierungen eingehen. Grundsätzlich bin ich auch der Meinung, dass eine gute Arbeit gemacht wurde. Was mich aber wirklich stört, ist die negative Formulierung. Der Kanton geht ganz offensichtlich von einem ohnehin stattfindenden Schrumpfungsprozess aus und nimmt deshalb eine defensive, teilweise gar etwas mutlose Haltung ein. Auf den Fussball übertragen könnte das in etwa so lauten: Wir verlieren sowieso, stellen wir also alle Spieler in den Sechzehner, dann verlieren wir wenigstens nicht ganz so hoch. In den Stossrichtungen findet sich diese grundsätzliche Haltung leider ebenfalls wieder. Lassen Sie mich nur schnell zwei, drei kurze Anmerkungen zum Eintreten anbringen, welche dies unterstreichen sollen. So steht z.B. Folgendes: „Der Kanton Graubünden ist als Folge der topografischen und geografischen Verhältnisse benachteiligt.“ Graubünden bietet aber auch viele Vorzüge. Denken wir z.B. an die Lebensqualität. Oder auch dieser Satz stimmt mich nachdenklich: „Kanton und Gemeinden haben dank disziplinierter Haushaltsführung eine gute finanzielle Basis.“ Das ist mehr Eigenlob und kurzfristig als eine wirkliche sachliche Analyse, wenn wir an unsere Voten gestern zum Eintreten der Budgetdebatte denken, in welcher einige Ratsmitglieder doch den Rat selbst in die Pflicht genommen haben. In Tat und Wahrheit hat der Kanton mit seiner Energiebeteiligung einen enormen Substanzverlust in den letzten Jahren erlitten und sich nicht vor zusätzlich wiederkehrenden Ausgaben verschlossen. Auch die Gemeinden werden dies in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Auch wird das Thema der Zuwanderungsinitiative aufgegriffen. Der Kanton Graubünden habe aufgrund der Wirtschaftsstruktur im Wettbewerb um Kontingente nicht die beste Ausgangslage. Auch hier zeigt sich die negative Grundhaltung. Dies widerspricht unserer Meinung nach den früher gemachten Erfahrungen. Wichtig ist, dass Zulassungskategorien für Saisonbetriebe geschaffen werden. Auch kann z.B. mit befristeten Bewilligungen entgegen gewirkt werden. Die Aufzählungen und Gegenargumentationen könnten noch beliebig fortgeführt werden. Wir hätten uns hier doch eine positivere Herangehensweise und Formulierung gewünscht, als diese gewählt wurde. Wir haben uns aber entschlossen, das Ganze mit der Weisheit von Else Pannek zu sehen, die einmal sagte: „Ein Negativ wird durch Entwicklung zum Positiv.“ In diesem Sinne erlauben wir uns zu einzelnen Punkten eine kurze Stellungnahme abzugeben oder Fragen zu stellen. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

*Gunzinger:* Ich erachte die Ausführung, die Auslegeordnung, wie sie im Bericht dargelegt ist, grundsätzlich als wertvoll und ich danke dafür auch der Regierung und den beteiligten Personen, die daran gearbeitet haben. Es wurde einiges Wichtiges und Richtiges gesagt, das ich nun an dieser Stelle nicht wiederholen möchte. Aber mir ist es ein Anliegen, den Fokus der Beratung auch auf die Stossrichtungen, welche für die Regionen von Bedeutung sind, zu lenken. Die peripheren Gebiete und Talschaften stehen vor sehr grossen und mannigfaltigen

Herausforderungen. Diese Regionen sind, ich möchte fast sagen, monokulturell vom Tourismus abhängig und daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern, auch wenn wir eine gut funktionierende Land- und Forstwirtschaft und gute landwirtschaftliche Strukturen haben. Wir müssen festhalten, dass die Rückgänge in der Bündner Wirtschaft in den letzten 30 Jahren primär in den Talschaften und den Regionen stattgefunden haben und dass wir heute vor einer Problematik stehen, dessen gesamte Dimension wir aufgrund der aktuellen Zahlen noch gar nicht richtig abschätzen können. Wir haben in den Regionen Rückgänge im Tourismus zu verkraften und der Fokus liegt etwas auf dem Tourismus. Wir haben zunehmend strukturelle Probleme in den einzelnen Betrieben. Sie müssen sich mal vorstellen, da gibt es Hotelbetriebe, welche abgelöst werden müssen durch neue Generationen, durch neue Besitzer, und der Ertragswert liegt unter der finanziellen Belastung. Das sind strukturelle Probleme, welche kaum zu lösen sind. Wir haben in vielen Betrieben in der Tourismusbranche Ersatzinvestitionen, die getätigt werden müssen. Diese zu stemmen, diese zu verkraften und zu finanzieren, ist teilweise nicht möglich. Wir haben hohe Produktionskosten. Wir haben hohe Gestehungskosten und hinzukommt das Ganze noch überlagert durch die aktuelle und vermutlich auch länger andauernde Wechselkurs-thematik, wie sie allseits bekannt sein dürfte. Der Konkurrenzdruck wurde erwähnt. Auch das ist ein Damoklesschwert, welches uns permanent begleitet und die Auswirkungen der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative wird in den Regionen im kommenden Jahr voll durchschlagen. Das sind nur einige oder eine Auswahl der Sorgen, welche im Moment oder künftig in den Regionen zu bewältigen sind und dabei ist ein guter Rat sehr teuer.

Wenn ich die Eröffnungsansprache unseres Landespräsidenten mir nochmals vor Augen führe, die sehr gut war, sensibilisiert hat, er hat da den CEO, also Gaudenz Thoma, zitiert, dass im Bündner Tourismus eine mittlere Sinnkrise stattfindet oder im Gange ist, kaum Pioniere vorhanden sind, Schlafmützen und ewig Gestrige. Thoma wollte aufrütteln. Aber ich denke, ich teile diese Meinung nicht. Wir haben in den Regionen, in den einzelnen Betrieben, sehr viele engagierte Leute, welche sich enorm für die Entwicklung ihrer Angebote, Weiterentwicklung und Neuorientierung, Neupositionierungen einsetzen. Aber es gibt gewisse Mechanismen, welche dies einzelne Personen, einzelne Betriebe nicht bewältigen lassen respektive auch nicht beeinflussen können. Ich will nicht schwarzmalen, aber ich habe gesagt, wenn wir die aktuellen Zahlen in der Tourismusindustrie anschauen, dann stellen wir fest, dass diese nicht rosig sind, aber sie verschleiern das effektive Ausmass der Problematik, die ansteht und die es zu bewältigen gibt. Wir laufen Gefahr respektive viele Betriebe in der Tourismusindustrie laufen Gefahr, dass sie sich in eine Negativspirale bewegen und sich dort zu drehen beginnen. Und das hat zur Folge, dass wir auch in Zukunft noch mit schmerzhaften Substanzverlusten konfrontiert sein werden. Wenn wir in den Regionen und Talschaften die künftigen Herausforderungen anpacken wollen, dann sind diese Regionen stark auf die Unterstützung von uns

angewiesen, auf die weitsichtige Definition der kantonalen Politik. Und es geht schlussendlich auch in der Zielsetzung darum, dass Gebiete, welche heute noch Netto-zugewinner sind von öffentlichen Mitteln, dass die Anzahl dieser Gebiete reduziert werden kann. Und das geht insbesondere mit einer positiven Entwicklung in der Exportindustrie, vor allem im Tourismus. Das ist der Bereich, wo eine exportorientierte Wertschöpfung in den Regionen stattfinden kann und der Tourismus hat den Vorteil, dass er in den Regionen eben stattfindet, dezentral und standortgebunden. Und da möchte ich noch ein Wort von Kollege Jon Pult aufnehmen: Er natürlich völlig recht, wenn er sagt, der Tourismus, das ist nicht die einzige Richtung, das einzige Pferd, auf das wir setzen müssen. Es gibt andere Bereiche, die grosses Potenzial für unseren Kanton und für die Gebiete versprechen und diese Potenziale gilt es zu erkennen, zu fördern und zu entwickeln. Ich werde dann insbesondere bei der Stossrichtung Gesundheit auf diesen Aspekt nochmals näher eintreten. Es geht darum, dass wir in den Regionen die sinnvollen Fördermassnahmen einleiten mit den Multiplikationseffekten für die übrige Binnenwirtschaft in der Region. Das führt zu Arbeitsplätzen, gesicherten Arbeitsplätzen, und das garantiert mittelfristig auch den Erhalt der kulturellen und sozialen Strukturen in den Regionen. Das heisst, um das nochmals in einem Satz zu fassen: Es geht in der Diskussion, die nun stattfindet in der Detailberatung, und auch in der späteren Umsetzung der Stossrichtungen für die Regionen, um sehr Vieles. Es geht um die richtigen Weichenstellungen. Es geht um die künftigen Wege. Es geht darum, mit welchen Mitteln und Massnahmen wir diese Neupositionierung, die notwendig sein wird in vielen Gebieten, wie wir diese Neupositionierung mit welchen Mitteln finanziell auch unterstützen können, nicht nur finanziell, sondern auch in der Koordination über den Kanton hinweg. Und damit geht es in dieser gesamten Diskussion auch um die Zukunft der Regionen. Ich bin für Eintreten.

*Steiger:* Als Vertreter einer Tourismusdestination nehme ich Ihre guten Ratschläge gerne entgegen, kann Ihnen aber versichern, dass sich alle Destinationen intensiv mit den neuen Herausforderungen beschäftigen und auch innovative Angebote entwickeln. Im Bericht des Wirtschaftsforums Graubünden ist der Finanztransfer aus den starken Tourismusdestinationen in den Kanton ausgewiesen. Soll das weiterhin geschehen, sind gute Rahmenbedingungen und allenfalls Unterstützungen für systemrelevante Projekte notwendig. Ich nenne als Beispiel die Erschliessung des UNESCO-Weltnaturerbes Tektonikarena Sardona, ein globales Projekt, das nota bene im Bericht mit keinem Wort erwähnt wird. Der Wirtschaftsbericht ist eine gute Grundlage. Entscheidend ist aber, wie dann die Masterpläne der Destinationen umgesetzt werden. Ich darf an der Agenda 2030 mitarbeiten. Die ersten Resultate stimmen mich zuversichtlich. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

*Lorez-Meuli:* Der vorliegende Bericht nimmt verschiedene Handlungsfelder auf und gibt die Stossrichtungen an. Mir fehlt in diesem Bericht ein Hinweis, wie mit der Förderung von KMUs in den potenziellen Sondernut-

zungsräumen umgegangen werden soll. Im 2000 wurde durch Grossrat Stoffel ein Auftrag betreffend Förderung der KMUs in den potenziellen Sondernutzungsräumen überwiesen. Gemäss diesem ist neben der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen auch zu prüfen, mit welchen Massnahmen das Unternehmertum in diesen Gebieten zusätzlich gefördert werden könnte. Dieser Aspekt wird im vorliegenden Bericht mit keinem Wort erwähnt. In diesem Zusammenhang würde es mich interessieren, welche strategischen Überlegungen sich die Regierung hinsichtlich dieser Fragestellungen macht. Ich stehe diesem Wirtschaftsbericht in einigen Punkten kritisch gegenüber, bin natürlich aber auch für Eintreten.

*Florin-Caluori:* Ich danke der Regierung auch für den Bericht. Ich finde er hat viele Inputs, viele Möglichkeiten, die auch umgesetzt werden können. Wir haben bereits vieles über den Tourismus und dessen notwendige Rahmenbedingungen gehört, über Innovation und Forschung und vieles mehr. Ich möchte das alles nicht wiederholen und habe mich speziell auf das Thema Bildung konzentriert. Ich möchte das Thema beschreiben, ein Votum dazu abgeben, Bildung als Ganzes, zur Wirtschaftsförderung und dabei spreche ich hier beim Eintreten und nicht bei der Stossrichtung. Vor allem danke ich der Regierung, dass im Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden der Bildung ein entsprechender Raum eingeräumt wurde und somit die Bildung und Forschung als wichtiger Faktor der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung bezeichnet wird. Bildung ist zentral, und zwar im ganzen Kanton Graubünden, in allen Regionen, für die Wirtschaftsförderung, und eine intensive Zusammenarbeit zwischen Bildung, Berufsverbänden, Wirtschaft und Politik eine unerlässliche Voraussetzung für den Erfolg. Wenn wir die Stossrichtung Bildung, Punkt eins, betrachten, so wird aufgezeigt, dass die Profile der Hochschulen speziell auf die Bedürfnisse potenzieller regionaler und überregionaler Arbeitgeber zu führen sind. Eine enge Zusammenarbeit ist somit der Grundpfeiler für das notwendige Personal, z.B. für unsere wichtigen grossen Industriefirmen wie die Ems-Chemie, die Hamilton, die CEDES usw. Auch in der Stossrichtung Bildung, Punkt fünf, wird der Bereich Technik erläutert. Dieser soll verstärkt und ausgebaut werden und muss somit für die Zukunft einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Doch geschätzte Damen und Herren, darüber sprechen wir schon seit langer Zeit. Nun ist aber Handlung angesagt. Eine weitere bedeutende Aussage finden wir in der Stossrichtung unter Punkt drei: Der Kanton vernetzt sich mit den nationalen Gremien im Hochschulbereich, um an den gesamtschweizerischen Entwicklungen partizipieren zu können. Wenn ich dabei an Corporate Governance denke und wir wissen, wie sich der Kanton aus den verantwortlichen Gremien der kantonalen und ausserkantonalen Bildungsinstitutionen verabschiedet hat, so ist diese Aussage mindestens ein Lichtblick. Eine intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit bedingt auch eine Mitarbeit in den verschiedenen Bildungsgremien. Eine Verabschiedung, wie sie gemäss Corporate Governance stattgefunden hat, bezeichne ich persönlich als problematisch. Verantwortung zu übernehmen heisst auch in den Entscheidungs-



gremien mitzuarbeiten. Es ist aber auch erfreulich zu erkennen, dass die Hochschullandschaft Graubünden, vor allem die HTW und die PHGR, sowie die gesamte Forschung einen bedeutenden Stellenwert einnehmen und zukunftsgerichtet gestärkt werden sollen. Es ist auch erfreulich, dass die HTW längerfristig das Ausbildungsangebot in einer Hochschulanlage, in einem attraktiven Standort mit zeitgemässer Infrastruktur konzentrieren soll. Wären doch für unseren Kanton Graubünden, für die Bildung, für die Wirtschaft ein Campus, ein Leuchtturm und ein Identifikationsfaktor mit positiver Wirkung nach innen und aussen.

Weiter finden wir auf Seite 303 eine übersichtliche Tabelle über die Bildungslandschaft Schweiz, welche aufzeigt, welche Zubringerschulen auch in Graubünden unsere Hochschulen und die höhere Bildung bedienen. Von all diesen Zubringern hängt der Erfolg auf höchster Stufe ab. Im Bericht fehlen jedoch Stossrichtungen bezüglich höherer Berufsbildung, beruflicher Grundbildung, Mittelschul- und Volksschulbildung. Geschätzte Damen und Herren, eine gesamthafte Bildungsbetrachtung ist für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung von grosser Bedeutung. Die Regierung erkennt dies aber auch, indem sie dies in einem Satz, jedoch nur in einem Satz, andeutet. Auf der Seite 303 finden wir die Aussage, ich zitiere: „Angesichts der Unternehmensstruktur im Kanton mit einem Anteil von über 95 Prozent an kleinen und mittleren Unternehmen, die in den Talschaften für wichtige, dezentrale Beschäftigungsmöglichkeiten sorgen, kommt ebenso der Grundbildung in Graubünden eine besondere Bedeutung zu.“ Zitatende. Diese besondere Bedeutung wird in diesem Satz wohl angedeutet, fehlt jedoch ganz in den Stossrichtungen. Ich werde keine neue Stossrichtung beantragen, doch möchte ich auf einige wichtige Argumente bezüglich Bildungs- und Wirtschaftsförderung hinweisen. Erstens: Dabei soll nicht vergessen werden, dass die Berufsbildung, wie im Bericht erwähnt, die Unternehmungen mit einem Anteil von über 95 Prozent an kleinen und mittleren Unternehmungen bedient. Zweitens: Dabei soll nicht vergessen werden, dass die Hochschulen und die höhere Berufsbildung von der beruflichen Grundbildung gespiesen werden. Einer Stärkung der Berufsbildung ist demzufolge ebenso eine hohe Priorität einzuräumen. Drittens: Dabei soll nicht vergessen werden, dass in der Grundbildung der Volksschule wichtige Grundlagen geschaffen werden, welche die Basis für ein erfolgreiches Gelingen in all den Bildungsstufen legen. Viertens, und von meiner Seite als Letztes, es gäbe noch vieles dazu zu sagen, darf dabei nicht vergessen werden, dass all unsere Ausbildungsgänge schweizerisch kompatibel und durchlässig sein müssen. Graubünden muss offen sein für neue Innovationen und für eine wachsende Wirtschaft. Graubünden soll als Bildungsraum hochstehend sein, Qualität aufweisen und das benötigte Arbeitspersonal soweit wie möglich vor Ort ausbilden. Denn KMUs und die Industrie sind darauf angewiesen.

Zum Schluss: Ich bitte die Regierung bei der Umsetzung des Berichtes in das zukünftige Wirtschaftsfördergesetz die Gesamtheit der Bildungslandschaft Graubünden für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung miteinzubeziehen. Ich bin für Eintreten.

*Heinz:* Erlauben Sie mir noch ein, zwei Bemerkungen zum Eintreten, ich werde mir dann in der Detailberatung erlauben, auch noch kleinere Anträge und Fragen zu stellen. Der uns vorliegende Bericht lehnt sich sehr stark an den Strategiebericht vom Mai 2014 des Wirtschaftsforums Graubünden an. Das Wirtschaftsforum nennt sich ja die Denkwerkstätte der Wirtschaft Graubündens. Ähnliche Thesen und Wortlaute finden wir auch in der Agenda 2020, 2030 für die Regionen, die zurzeit in der Aufarbeitung sind. Da habe ich hingegen eine etwas andere Meinung als Ratskollege Steiger aus Flims. Zudem fühle ich mich ein bisschen in die Debatte der FA-Reform zurückversetzt. Jenen, denen man dazumal grosse, finanzielle Unterstützungen zugehalten hat, sollen heute unser Wirtschaftsmotor für Graubünden sein. Und sollen sich auch entwickeln dürfen, hingegen den naturnahen und ländlichen Raum soll man sich selbst überlassen beziehungsweise wir nennen das eine aktive Verzichtplanung in Pärken oder ähnlichen Räumen. Aus meiner Sicht ist Verzichtplanung ein Reizwort, ja ich möchte fast sagen das Unwort des Jahres für Graubünden. Im Wissen, dass sich die Regionen hinsichtlich ihrer Stärke, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ihrer Möglichkeiten unterscheiden, sollen im Bündner Rheintal, in Davos, im Oberengadin jedoch ähnliche Spielregeln gelten wie im Rheinwald, in Safien, im Calancatal oder in den Seitentälern der Surselva. Es wäre doch zu prüfen gewesen, ob nicht z.B. für die verschiedenen, in den neuen Raumkonzepten Graubündens genannten Raumtypen, verschiedene Regeln für die Wirtschaftsförderung gelten sollten. Dies würde nämlich dem ländlichen Raum andere Möglichkeiten und Perspektiven eröffnen. Mit der Ausrichtung gemäss Botschaft werden die Starken gestärkt und den Schwachen soll nicht geholfen werden. Man könnte sich auch umgekehrt die Frage stellen: Benötigen die sogenannten Starken überhaupt Wirtschaftsförderung? Oder ist es nicht auch die Aufgabe des Kantons und der Politik, schwergewichtig auch in unserem schönen, ländlichen Raum aktiv zu sein? Da möchte ich die Voten von Kollege Bondolfi voll und ganz unterstützen. Zudem hat uns Ratskollege Leo Jeker genau erklärt, wie das abgeht, also eins zu eins uns in die Materie eingeführt, ich bin dir dankbar dafür Leo.

Nun zum Schluss: Der vom Grossen Rat schon lange erwünschte Bericht liegt uns vor. Nun gilt es die Stossrichtungen so anzupassen, dass wir fördern können, aber jene, die nach dem Bericht nicht förderungswürdig sind, nicht mit Unworten und negativen Aussagen bestrafen. Vielleicht geht das in die Richtung der Denkwerkstätte Graubündens, die ist ja ein Abbild von der Avenir Suisse, schweizweit gesehen. Ich bin für Eintreten, freue mich auf eine spannende Debatte und schöne Anträge.

*Kunz (Chur):* Von all den Voten, die gefallen sind, haben mir vor allem die Voten von Herrn Kollege Pult und Herrn Kollege Jeker sehr gut gefallen. Sie lassen sich eigentlich in einem Satz zusammenfassen: Dass wir hier im Kanton mehr Freiheit brauchen. Wir brauchen mehr Freiheit für die Privatwirtschaft und wir sind in der Tat schlichtweg überreguliert. Der Kanton geht zum Teil sehr weit, indem er fast noch fleissiger ist als der Bund. Wir haben kaum mehr Zonen, die irgendwie noch frei

beispielbar sind. Herr Grossrat Jeker hat hier völlig recht. Wir neigen aber auch dazu, dass immer mehr Lösungen zentralisiert werden. Wir wehren uns nicht gegen mehr Zentralismus, die letzte Abstimmung war vielleicht ein Beispiel dagegen. Aber laufend lassen wir uns Kompetenzen nehmen. Wir sind im Kanton nicht einmal mehr Herr über unseren eigenen Boden. Raumplanungsrecht ist Bundessache geworden, zu einem ganz grossen und noch stärkeren Teil als vorher. Umweltschutzgesetz, Waldgesetz, alles wird von Bern aus gesteuert, weil man den Kantonen nicht zutraut, unserer eigenen Natur und unseren eigenen Ressourcen Sorge zu tragen. Und das ist das Beängstigende und da sollten wir ansetzen. Als Liberaler gefällt mir die eigentliche Stossrichtung, die Stossrichtungen im Bericht, weil sie sagen, wir müssen vor allem Voraussetzungen schaffen, dass die Privaten sich entwickeln und bewegen können. Die Privaten sind als pluralistisches System am Schluss dem Staat überlegen, weil sie eben durch eine Vielzahl von Ideen im Wettbewerb die beste Idee herausfinden, während der Staat sehr monopol seine eigene Idee sucht. Und aus diesen Gründen sind wir überall dort sehr skeptisch, wo wir Entscheidungsgewalt alleine dem Staat geben wollen, wo er sagen soll, wie sich die Wirtschaft entwickeln soll. Namentlich eben bei der einzelbetrieblichen Förderung. Aber auch Grossrat Pult hat mit seinem Beispiel illustriert, wie eben genau gegensätzlich unsere Denkweisen sind. Er möchte ein System schaffen, dass innovative Unternehmen belohnt, indem sie vom Staat Geld bekommen. Es heisst also, dass man aus der Vielzahl der innovativen Unternehmen diejenigen herausfindet, in einem Amt auf Antrag verschiedener Beamter, wer nun die beste Idee gehabt hat. Das wollen wir genau nicht. Wir wollen namentlich Rahmenbedingungen und da spreche ich ein Steuere Klima an, das den Privaten so viel Geld lässt, dass sie selber innovativ sein können und sich selber für innovative Ideen entscheiden können. Nicht der Staat bewertet die innovative Ideen, sondern am Schluss das pluralistische System des Wettbewerbs. Das ist willkürfrei, das lässt allen Unternehmen ihre Verantwortung und ihre Freiheit. Infrastruktur, Steuern, gute Schulen, auch gute Mittelschulen, da können sie sich auf die Unterstützung des Freisinns verlassen, wenn wir eben willkürfrei die Akteure im Markt lassen.

Es haben sich sehr viele Redner für die Regionen ausgesprochen. Ich kann sehr viel davon nachvollziehen und diese Ängste verstehen. Aber es darf dabei nicht aufhören, sondern sie müssen sich einmal wirklich ganz hart fragen, weshalb bringen wir es in unserer Region nicht hin, dass Private in unserer Region investieren? Wieso investieren Private nicht? Wo sind wir eingeschränkt? Wo hätten wir Chancen, die man uns nimmt? Dort müssen wir den Hebel ansetzen. Wer am Schluss im Staat als „investor of last resort“, um es so zu sagen, seine Hoffnungen sieht, der setzt auf das falsche Pferd. Die Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Region hat alleine die Privatwirtschaft. Nicht der Staat und nicht Herr Trachsel mit seinem Departement, sondern die Privatwirtschaft. Und die Privatwirtschaft bewegt sich dort nicht, wo sie eingeschränkt, eingezwängt ist, wo sie sich eben nicht entwickeln kann, gerade in Regionen, die zum Teil nur ganz wenige Betätigungs- und Chancenfelder

haben. Dort gilt es anzusetzen. Hier im Rat, aber vor allem auch in Bern. Wir brauchen mehr eigene Kompetenzen und ich bin überzeugt, dass wir sie sinnvoll einsetzen würden. In diesem Sinne bin ich und auch namens der FDP-Fraktion klar für Eintreten. Sie haben gehört, wo wir uns da und dort noch melden werden.

*Kappeler:* Erlauben sie mir, kurz noch zwei Fragen zu stellen zum Thema Verfahrenskoordination. Kollege Jeker hat erläutert, wie es oft schwierig ist, Projekte oder auch Investitionsvorhaben durchzubringen. Ich kann das zum Teil nachvollziehen, allerdings scheint mir doch die Kritik etwas gar Pauschal und ich erlaube mir die Frage an die Regierung zu stellen: Ist bekannt bei diesem zentralen Vorhaben, wo effektiv der Schuh drückt? Ist es die Politik, sind das wir? Ist es die Verwaltung? Sind es die NGOs oder sind es womöglich gar die Gerichte? Und zwar ist dann natürlich schon zu unterscheiden zwischen kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Instanz und ich glaube, wenn wir da wissen, wo wirklich der Hund begraben ist, dann denke ich, könnte man auch einen Schritt weiterkommen. Nur, die Pauschalisierung, die ist einfach zu wenig konkret für Massnahmen.

Eine zweite Frage bezieht sich auf die leise Kritik, die im Bericht erwähnt wird, dass bei den Verfahrensabläufen ab und zu die Gesuche nicht vollständig sind oder nicht über eine ausreichende Qualität verfügen. Die Regierung schreibt dann, ja das kann ja nicht Aufgabe des Kantons sein, für gute Gesuche zu sorgen. Da stelle ich die Frage: Ja weshalb wäre es nicht eine Möglichkeit? Ich kann mir gut vorstellen, wenn ein Investor aus dem Ausland kommt, er vielleicht Schwierigkeiten hatte, sich zu Recht zu finden. Wäre es nicht eine Möglichkeit, solche potenziellen Kunden vom Kanton Graubünden zu unterstützen? Ich sehe schon ein, es kann nicht der Kanton selbst sein, sondern das müsste natürlich an einen externen Dritten ausgelagert werden.

*Standespräsident Campell:* Ich sehe keine Wortmeldungen mehr beim Eintreten und erteile nun nochmals das Wort dem Kommissionspräsidenten. Grossrat Marti, Sie haben das Wort.

*Marti; Kommissionspräsident:* Ich möchte kurz ein, zwei Hinweise geben, auch verfahrenstechnisch, auf die Voten, die beim Eintreten gefallen sind. Zunächst haben Grossrat Bondolfi, aber auch Grossrat Michael und Grossrat Heinz darauf aufmerksam gemacht, dass die Strukturhaltung sehr wohl ein wichtiges Thema darstellt und nicht vernachlässigt werden dürfe. Ich möchte Sie einfach darauf aufmerksam machen, dass in den ganzen Sektoralpolitiken in keinsten Art und Weise die strukturhaltenden Massnahmen von der Kommission bestritten sind oder auch abgebaut werden sollen. Einzig und allein, und das ist dann eben nur im engeren Bereich der Wirtschaftsförderung, wo das Gesetz dann zum Tragen kommt, wo nur sehr wenige Mittel vorhanden sind, in der Grössenordnung etwa 20 Millionen gemäss Budget, dort hat die Kommission die Ansicht, dass auf strukturhaltende Massnahmen infolge der knappen Finanzen keine Akzente zu setzen wären. Ich möchte Sie bitten, dies zu unterscheiden in Ihrer Betrachtung, wenn

Sie dann in wirklich, auch in berechtigter Art und Weise, Ihre Regionen vertreten.

Dann zum Zweiten, bitte beachten Sie, dass das Konzept der Regierung, und das hat die WAK dann auch aufgenommen, dass das Konzept in dezentralen Zentren aufbaut. Es ist auch hier nicht die Absicht, dass alles zentralisiert wird, sondern das dezentral, aber dort, die Kräfte gebündelt werden in Zentren. Auch das scheint mir ein ganz wichtiger Hinweis zu sein, damit nicht der Eindruck entsteht, es werde alles abgezogen, es werde alles weit weg sein. Aber die WAK sieht die Notwendigkeit, in Talschaften sich doch Gedanken zu machen und deshalb dann die Masterpläne, sich Gedanken zu machen, auf was will man sich konzentrieren. Pro Talschaft, wo will man die Akzente setzen und dann kommt eben diese aktive Verzichtplanung ins Spiel. Aktive Verzichtplanung, Grossrat Michael, Sie haben das kritisiert, meint, dass man sich aktiv auseinandersetzen soll damit, wie man die Gelder einsetzt, die dann auch zum Teil von der Regierung als Unterstützung kommen sollten, damit man eben nicht alles gleichzeitig tun möchte. Ich möchte es ein wenig vergleichen: Sie sind wahrscheinlich verheiratet und Sie haben dort vielleicht auch Mal eine aktive Verzichtplanung gemacht und sich auf eine Dame Ihrer Wahl konzentriert. Nun bitte, behalten Sie also bitte die Sektoralpolitiken im Auge.

Dann der Service public, wie er von Grossrat Bondolfi angesprochen wurde. Er hat die Post angesprochen. Die Kommission sieht eher, wie es in den Stossrichtungen auch formuliert ist, die Breitbandversorgung. Also bitte beachten Sie hier auch die moderne Technik, die angesprochen ist. Das Verkehrsnetz ist angesprochen, auch Energie. Aber viele dieser Fragen von Service public sind auch wieder in den Spezialgesetzgebungen, also bitte nicht im Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung. Auch wenn man sagt, das Schlagwort „Starke werden gestärkt und Schwache geschwächt“, bitte nochmals, die Zentren, die dezentralen Zentren sind in der Konzeption enthalten.

Dann haben Grossrat Cramer, er ist jetzt nicht hier und Grossrat Koch, den Bericht als Stillstand, als mutlos und so weiter bezeichnet. Ich bin nicht dieser Auffassung. Ich würde jetzt Grossrat Cramer sagen, wenn er hier sitzt, achten Sie mal, wie ein junger Löwe auf die Jagd geht und dann mal auch, wie ein älterer Löwe auf die Jagd geht, vielleicht schon mit grauen Haaren. Man wird Unterschiede feststellen, aber mehr sage ich dazu nicht.

Dann vielleicht hier der spezifische Hinweis: Wir haben die Meinung, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht vom Staat, wie Grossrat Cramer es verlangt hat, von oben nach unten diktiert werden sollte, sondern ganz im Gegenteil, durch die Masterpläne von unten nach oben wachsen soll und ich erachte es nicht als mutlos, ganz im Gegenteil, ich erachte es als mutig, wenn man dazu für die erste Periode von vielleicht etwa acht Jahren 80 Millionen wird zur Verfügung stellen. Das ist enorm viel. Das ist mutvoll und nicht mutlos, aber man will sehen, wie die Regionen dann entsprechend Konzepte einreichen, wie sie sich positionieren wollen und ob sie dann auch Konzepte bringen, die eine gewisse Beständigkeit haben, damit auch die Gelder gesprochen werden können. Ich erachte den Vorschlag der Kommission als

extrem mutig. Ich bin gespannt dann in der Detailberatung, wie sie darauf reagieren. Hier soll einfach auch etwas Benzin in den Tank geleert werden, damit man auch investieren kann.

Dann vielleicht zu den Voten von Grossrat Pult, aber auch Herrn Kappeler und Herrn Gunzinger: Sie haben gesagt, Tourismus ist nicht alles. Aber für Graubünden gilt: Alles ist nichts ohne Tourismus. Deshalb hat die Kommission auch dort ganz gezielt Akzente gesetzt, indem sie gesagt hat, der Tourismus hat, ob wir wollen oder nicht, eine sehr entscheidende Bedeutung und wir müssen ihn ins Zentrum der Überlegungen stellen. Nicht allerdings ohne neue Chancen, z.B. Gesundheit etc. Auch hier hat die Kommission einen Akzent gesetzt. Aber bitte anerkennen Sie bei Ihren Überlegungen, dass auch dort, wenn Sie von Geld sprechen, dass der Tourismus wohl oder übel, ich bin aber nicht traurig darüber, eine ganz wichtige Bedeutung einnimmt. Und man kann diskutieren, Ratskollege Pult, ob da die Zweitwohnungen oder die warmen Betten usw. wichtiger oder weniger wichtiger sind. Das eine tun, das andere nicht lassen. Immerhin bringen die Zweitwohnungen ja auch Gäste ständig an den Ort. Die sind gebunden, weil sie dort etwas besitzen und sind nicht so beweglich wie zum Teil andere.

Dann sind verschiedene Hinweise von Ratskollege Jeker. Ich möchte Sie auch auf den Schluss der Stossrichtung aufmerksam machen, wo wir die Hemmnisse abbauen können und wenn wir die Regierung auffordern, dort gezielt auch über Kompetenzfragen zu befinden und mit dem one-stop-shop dann vielleicht auch versuchen, die Koordination der verschiedenen Anliegen zu bündeln. Auch dies ein neuer Vorstoss der Kommission, der Ihr Anliegen möglichst aufzunehmen versucht.

Zum Schluss vielleicht noch: Verschiedene Voten, ich nehme stellvertretend das Votum über die Bildung von Grossrätin Florin, bitte beachten Sie, dass viele Dinge in den Spezialgesetzgebungen vorhanden sind. Also wenn Sie heute die Unternehmungsziele der HTW, der PHGR neu formulieren wollen, dann ist das wahrscheinlich nicht der richtige Rahmen. Ich bin der Überzeugung, dass diese Unternehmungen, Sie sind selbständig, bereits Ihre Unternehmungsziele formuliert haben. Zurecht und richtigerweise, dass wir diese hier nicht noch einmal im Rahmen dieser Beratung schärfen müssen. Deshalb wird die Kommission auch dort darauf aufmerksam machen, bitte verzichten Sie, dort wo Spezialgesetzgebungen genügend klar formuliert sind, dort wo in den entsprechenden Unternehmungspapieren die Formulierungen genügend vorhanden sind, verzichten Sie darauf, diese hier heute zu wiederholen. Dies auch im Sinne einer strukturierten Gesetzgebung, wie sie die Regierung dann umzusetzen hat. Vielen Dank, dass ich diese Hinweise platzieren durfte.

*Standespräsident Campell:* Ich gebe nun das Wort Regierungsrat Trachsel.

*Regierungsrat Trachsel:* Herzlichen Dank für die gute Aufnahme des Berichtes. Ich stelle auch fest, dass niemand Nichteintreten beantragt hat. Ich kann darauf verzichten, hier zum Eintreten Ausführungen zu machen.

Ich beschränke mich aus diesem Grunde, einige Ausführungen zu machen zur Struktur des Berichtes: Wie haben wir den gemacht? Wieso haben wir den so gemacht? Und ich werde dann die Fragen beantworten, die aus dem Rat gestellt wurden. Die inhaltliche Diskussion, teilweise sind sie in meinem Referat schon vorgesehen gewesen, können wir bei den Stossrichtungen führen, wir haben dort ja noch Gelegenheit, dann etappenweise, sektorweise dies zu diskutieren. Der Kommissionspräsident hat es gesagt, er hat es auch schon seinen Kommissionsmitgliedern mitgegeben in die Fraktionen, dass wir vor allem über die Stossrichtung diskutieren sollen. Es ist für die Regierung wichtig, dass Sie bei den Stossrichtungen Ihre Rückmeldungen machen, weil diese dann dazu führen, wie es Kommissionspräsident Marti gesagt hat, dass sie die Regierung in ihrer zukünftigen Arbeit berücksichtigen kann. Allgemeine Voten sind schwierig zu gewichten, weil darüber ja nicht abgestimmt wird. Einfach, dass Sie das auch sehen, wie die Regierung dann mit dem Bericht umgehen kann. Weil die Stossrichtungen, wie es der Kommissionspräsident gesagt hat, die Stossrichtungen der Regierung sind gegeben. Die können Sie nicht ändern. Sie können aber eigene machen, Sie können Anträge stellen, über die wird dann abgestimmt und die kann die Regierung dann auch gewichten. Mit dem Bericht werden Sie kein Gesetz machen. Sie machen Anregungen, aber es wird in einem Gesetz mit der Diskussion hier nichts geändert. Sie fällen auch keine finanziellen Entscheide. Auch der Kredit über die 80 Millionen wird hier nicht entschieden, sondern Sie sagen, ob man es später in einem Gesetz, oder allenfalls in einem Antrag beim Budget oder bei der Rechnung, als Kredit beantragen soll.

Der Bericht, es wurde gesagt, beruht auf dem Auftrag Caduff, der im April 2013 eingereicht wurde. Und die Regierung hat sich im Juni 2013 bereit erklärt, einen solchen Bericht zu machen. Sie haben ihn dann im August 2013 auch überwiesen. Wieso erwähne ich diese Daten noch einmal? Es war für die Regierung wichtig, dass wir den Bericht rasch erstellen und das hat für uns auch geheissen, dass wir nur auf Daten abstellen, die schon vorhanden sind. Also wir haben dort, wo die Datenlage bei uns schwach war, nicht zusätzliche Berichte in Auftrag gegeben, weil sonst hätte der Bericht in dieser Zeit nicht erstellt werden können. Und das hat natürlich zur Folge, dass die verschiedenen Bereiche nicht gleich tief behandelt worden sind in diesem Bericht. Sonst hätten wir ja in allen Sektoren schauen müssen, mit zusätzlichen Abklärungen, ein gleiches Niveau zu erreichen und das war nicht das Ziel der Regierung. Es ist auch so, dass wir uns überlegt haben, wie wir diesen Bericht aufbauen. Wir haben verschiedene Möglichkeiten diskutiert und haben uns dann entschieden, es sektoriell zu machen. Und der Grund, wieso wir uns für diese Darstellung des Berichtes entschieden haben und damit auch für diese Behandlung sektoriell in Stossrichtungen, ist, dass unser Recht so aufgebaut ist. Schon vom Bund her, bei allen Gesetzgebungen, haben Sie ja oft einen Verfassungsartikel, der dann in einem Gesetz umgesetzt wird. Und auch die Kompetenzen zur Umsetzung in den verschiedenen Sektoren, sind in diesen Gesetzen festgelegt und wir können es hier, in diesem Bericht, auch

nicht ändern. Darum haben wir diese Darstellungsart gewählt, weil sie Ihnen dann auch hilft, später bei der Umsetzung auf diese Resultate zurückzugreifen.

Es ist mir auch wichtig, hier festzustellen, dass wir uns der Bedeutung des Gewerbes und des Dienstleistungssektors der Bündner Wirtschaft bewusst sind. Es wurde erwähnt, die KMU-Wirtschaft ist absolut dominant. Wir haben sie aber trotzdem nicht ausführlich erwähnt, die Binnenwirtschaft, weil sie volkswirtschaftlich weniger Bedeutung hat. Das, ich weiss, das wird oft, wenn ich beim Gewerbe oder anderswo auftrete, nicht gut verstanden. Wie meinen wir das? Wieso haben wir die Exportbasistheorie immer wieder im Zentrum unserer Überlegungen? Und ich bitte Sie auch, diese bei Ihren Anträgen auch mitzubersichtigen. Das Ziel ist eigentlich, dass mehr Geld von aussen in den Kanton Graubünden fliesst. Grossrat Kunz hat das auch erwähnt. Tourismus ist natürlich ein Paradebeispiel. 53 Prozent der Gelder, die nach Graubünden fliessen, bringen unsere Gäste. Und wir wissen, dass diese Mittel in der Binnenwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistung, Handel, zwei- bis dreimal umgesetzt werden, also von einem Franken im Tourismus entstehen 2,5 bis 3 Franken in der Binnenwirtschaft, bevor sie dann den Kanton wieder verlassen, weil wir auswärts etwas einkaufen. Also muss unser Ziel sein, den Kuchen zu vergrössern, weil dann alle davon profitieren können.

Wir haben auch unterschieden, und das wurde erwähnt, zwischen Wirtschaftsentwicklung im engen Sinn, die dann im neuen Wirtschaftsentwicklungsgesetz umgesetzt werden soll, und Wirtschaftsentwicklung im umfassenden Sinn. Auch dies wurde schon erwähnt: Die Politik im umfassenden Sinn ist für die Wirtschaft natürlich viel entscheidender als das, was wir über das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Ich brauche hier auch die Zahlen: Sie haben gestern das Budget beraten, aber ich nehme an, Sie haben sie nicht mehr im Einzelnen im Kopf, aber ich sage sie hier, um Ihnen einfach zu zeigen, wie die Bedeutung ist. Das Budget des Kantons Graubünden beträgt etwa 2,5 Milliarden Franken. Das Budget des Amtes für Wirtschaft und Tourismus beträgt 20 Millionen Franken oder eben 0,8 Prozent des kantonalen Budgets. Von diesen 20 Millionen Franken fliessen etwa 10 Millionen in den Tourismus, vor allem Graubünden Ferien mit 6,4 Millionen, die Marke Graubünden mit 1 Million und der Rest in touristische Veranstaltungen und Infrastrukturen. 3,4 Millionen gehen in die Forschung. Sie sehen auch hier, neben dem Tourismus ist heute schon die Forschung, und das ist ja nicht die bildungsausgerichtete Forschung an der Fachhochschule, die hier budgetiert wird bei uns, sondern die wirtschaftsnahe Forschung wie CSEM, wie die Institute in Davos, die über mein Budget, ich sage es mal ein bisschen salopp, budgetiert werden. 2,6 Millionen sind Äquivalenzleistungen der neuen Regionalpolitik des Bundes, also diese Mittel geben wir aus, damit der Bund seine Mittel spricht, sonst werden wir die nicht bekommen. Und lediglich 1,7 Millionen Franken gehen in die einzelbetriebliche Förderung, die ja sicherlich noch viel zu reden geben wird. Und davon sind 1,2 Millionen Darlehen und etwa 425 000 Franken, im Schnitt, sind Beiträge à fonds perdu. Wenn ich natürlich mit

diesen 400 000 Franken die Bündner Wirtschaft entscheidend verändern könnte, dann würde ich Ihnen den Antrag stellen, diesen Beitrag zu erhöhen. Es sind gerade 0,07 Prozent des Budgets des Kantons Graubünden. Die Regierung hat es in dem Bericht geschrieben und es ist auch wichtig, dass wir das allenfalls diskutieren, dass wir über diesen Bericht, wo wir ja eine Auslegung machen über die Wirtschaft, über die Möglichkeiten der Wirtschaft, dass wir keine Strukturhaltung betreiben wollen, weil wir in der Vergangenheit auch gesehen haben, dass solche Beiträge oft verpuffen, weil gegen die grossen Trends können Sie auch mit Beiträgen in den meisten Fällen nichts ausrichten. Aus diesem Grunde haben wir es aufgeführt, damit die Sicht der Regierung klar ist und ich bin gespannt, wie Sie dazu Stellung nehmen.

Und jetzt komme ich zum Reizwort des Jahres: Ich bin mich gewohnt, so alle vier Jahre kreierte ich das Reizwort des Jahres. Und es fällt mir auf, es geht immer um das Gleiche. Heute heisst es Verzichtplanung, vor vier Jahren und vielleicht acht Monaten, vor meiner letzten Wiederwahl, war es der Bericht über die potenzialarmen Räume. Es geht genau, und ist eigentlich der Hintergrund, wieso wir über das Wort Verzichtplanung doch mit gewissem Herzblut, sage ich mal, diskutieren, um die gleichen Ängste. Ich verstehe die. Ich möchte sie auch ausräumen. Mit der Verzichtplanung geht es uns nicht darum, dass wir den Schwächeren etwas wegnehmen wollen zugunsten der Starken, sondern es geht eigentlich darum, wer soll entscheiden, was man macht. Das ist die Frage: Wer? Wir sind der Meinung, dass das in den Regionen, in den funktionalen Räumen entschieden werden soll und nicht beim Kanton. Ich sage es hier, wir sind im Dezember, als Grossvater. Wieso sage ich das als Grossvater? Ich habe Enkel. Wenn die Enkel mir eine Wunschliste auf Weihnachten schicken mit zehn, zwölf Wünschen, dann machen meine Frau und ich die Verzichtplanung, weil wir nicht zehn, zwölf Wünsche erfüllen. Wenn meine Enkel geschickt sind und sie haben einen Wunsch, vielleicht sogar an der Grenze des Möglichen, aber sie haben einen, dann haben sie die Verzichtplanung gemacht und die Wahrscheinlichkeit, dass der Wunsch erfüllt wird, ist fast 100 Prozent. Und genau das wollen wir mit dieser Verzichtplanung hier diskutieren. Entscheiden Sie zu Hause, in Ihren Arbeitsgruppen, was wichtig ist, was Sie wollen, und überlassen Sie es nicht den kantonalen Ämtern und letztlich der Regierung, die Verzichtplanung zu machen. Wieso? Wenn Sie überzeugt sind, dass es für Sie das Richtige ist, wenn Sie in Ihren Regionen die kommunalen Mittel und die privaten Mittel auf dieses Ziel ausrichten, dann wird der Kanton Ja sagen und mitmachen. Und dann sind Sie überzeugt, dass Sie sich für das Richtige entschieden haben und dann werden die Leute in Ihrer Region dafür kämpfen, dass es erfolgreich ist. Wenn aus dieser Wunschliste der Kanton entscheidet, welches Projekt, und es funktioniert dann nicht, dann kenne ich die Antwort. Ich habe schon ein bisschen graue Haare. Sie sind sehr wahrscheinlich in den zehn Jahren noch ein bisschen grauer geworden. Dann ist die Stammtischantwort: Ja, wir waren nie ganz sicher, aber der Kanton hat uns Geld gegeben, darum haben wir es gemacht. Das funktioniert weniger gut. Das kann im Einzelfall auch funktio-

nieren, aber die Wahrscheinlichkeit des Misserfolges ist grösser, als wenn Sie eben sagen: Das machen wir. Dafür geben wir private Gelder, kommunale Gelder und dann hilft nun der Kanton auch noch mit. Und ich weiss, beim Bund ist man auch an einem Projekt, in diese Richtung Gelder zu sprechen, dann auch noch Bundesgelder auslösen kann, dann werden aus den 80 Millionen, die wir diskutieren, bildlich gesehen vielleicht 240 Millionen in 8 Jahren. Und mit 30 Millionen pro Jahr, ich vereinfache natürlich, bin ich überzeugt, kann man doch einiges bewegen. Das ist das Gedankenmodell. Wir müssen das diskutieren. Aber ich glaube nicht, dass Emotionen oder allzu viel Herzblut uns hier weiterhelfen, sondern man muss diskutieren, welches Modell will man. Will man eine grosse Wunschliste oder vielleicht noch anders gesagt, machen Sie das, wofür der Kanton Geld gibt, weil es halt Geld gibt oder sind Sie bereit, die Hausaufgabe zu machen, sich zusammensetzen, zu diskutieren, viele Ideen zu haben, auf einige bewusst zu verzichten und sich auf wenige zu konzentrieren und dann bin ich überzeugt, dass wir weiter kommen, als wenn wir eben sagen, nein, diese Verzichtplanung, die wollen wir nicht machen. Und ich unterstelle vielen, wieso sie es gefühlsmässig nicht machen wollen. Ich weiss, es ist immer heikel, es ist Knochenarbeit, ich weiss es. Vor Ort, man muss sich auseinandersetzen, man muss kämpfen, man muss einstecken, aber glauben Sie mir, in der Wirtschaft ist es genau gleich. Es gibt keine Firma, die alles finanzieren kann, was sie gerne möchte. In einer Firma werden immer Verzichtplanungen gemacht. Man spricht es vielleicht nicht so aus und man konzentriert sich dort, wo man überzeugt ist, dass es eben richtig ist. Darum ist uns das wichtig und die Kommission hat auch noch verstärkt gesagt, das soll in Form von Masterplänen passieren. Ich bin froh, ich sagte das hier auch schon, wir haben sie im Bericht erwähnt, weil wir so ein bisschen Hemmungen gehabt haben, wenn wir so prominent geschrieben hätten, dass man gesagt hätte, sie wollen wieder Papier. Masterpläne sind Papier. Und ich sage Ihnen hier auch schon etwas: Die besten Masterpläne sind nicht die mit viel Papier, sondern meistens die relativ kurzen. Wissen Sie wieso? Wenn die Idee gut ist, wenn die Idee getragen wird zuhause, in der Region, wenn sie abgestimmt ist, müssen Sie nicht viel erklären. Wenn die Idee aber sosolala ist, aber man möchte halt trotzdem auch vom Kanton etwas Geld, es hat ja 80 Millionen, ich verstehe das schon, dann werden meistens grosse Masterpläne geschrieben, weil man selbst nicht so ganz sicher ist, was man reinschreiben soll. Also schreibt man möglichst viel rein. Auch hier ist vielleicht der Gedanke der Verzichtplanung beim Masterplan gar nicht so schlecht. Eher das zu sagen, was wichtig ist, als möglichst viel zu sagen, weil man nicht so genau weiss, wo man hin will. Darum bin ich eigentlich froh, dass dieser Masterplan prominent jetzt auch in den Stossrichtungen ist. Und ich versichere Ihnen, und das was ich hier sage, ist im Protokoll, Grossrat Heinz, Grossrätin Lorez, Grossrat Crameri, die schwächeren Regionen werden nicht benachteiligt hier gegenüber den starken, weil die Regierung kann das nicht. Es ist immer so, dass die Regierung sich den schwächeren Regionen stärker annimmt. Es ist so, und ich komme jetzt dann bei der Fra-

gebeantwortung noch darauf zurück, bei der Frage von Grossrätin Lorez, wie wir damit umgehen, mit dem Vorstoss Stoffel.

Ich fange an bei Grossrat Bondolfi. Was soll mit den wirtschaftlich schwächeren Regionen passieren? Ihm fehlt die Aussage im Bericht. Vielleicht haben wir es zu wenig stark betont. Und es ist auch klar, wenn Sie einen so umfassenden Bericht machen, müssen Sie vereinfachen. Sie können immer Details entgegenhalten, die anders sind, das weiss ich auch. Aber wenn wir die Vergangenheit analysieren und das Berggebiet betrachten, ich wurde gestern gefragt, was ist das Berggebiet, das ist nicht definiert. Aus Sicht der Schweiz ist Graubünden Berggebiet, dann ist für mich das Berggebiet so definiert: Wenn ich Graubünden in zwei Räume einteile, dann haben Sie das Bündner Rheintal von Thusis bis Fläsch, das Vordere Prättigau und das Untere Misox, wo wir Wirtschaft haben wie die übrige Schweiz. Es wurde auch schon erwähnt, wir haben ähnliche Wirtschaftszahlen. Wir haben diese Wirtschaftsreduktion oder Krise, wie Sie dem sagen wollen, in den letzten Jahren in diesem Gebiet genau so gut wie die übrige Schweiz bewältigt, und das ist ein Kompliment an die Wirtschaft in diesem Raum. Ich glaube, da müssen wir auch konkurrenzfähig sein. Und der Rest ist dann Berggebiet. Und wenn wir den Rest anschauen, ohne Rest despektierlich zu meinen, ich werde vorsichtig, sonst habe ich ein neues Reizwort geschaffen, dann stellen wir in diesem Raum fest, dass der Tourismus der grösste Motor ist. Natürlich haben wir auch andere Betriebe dort. Aber wenn wir schauen, wieso die dort sind, sind sie oft tourismusabhängig. Der erste Franken kam über den Gast und sie profitieren dann davon, dass aus dem eine Wirtschaft entstanden ist. Landwirtschaft lasse ich im Moment weg, für alle Landwirte, weil Landwirtschaft weitgehend Bundespolitik ist, aber sie ist natürlich im peripheren Raum auch ganz wichtig, hier kommt Geld hinein. Auch die Beiträge des Bundes, die die Wirtschaft befruchten. Aber es ist primär der Tourismus. Und die anderen Fälle, die sind wichtig, wir nehmen jeden, also Clinica Holistica habe ich ja schon mehrmals erwähnt, wir nehmen jeden. Aber wenn wir die suchen müssen, wenn wir dort gezielt investieren wollen, ist das sehr viel schwieriger und sehr wahrscheinlich sind die Mittel, die wir vielleicht falsch einsetzen, dann auch grösser, als wenn wir das im Tourismus tun. Darum hat der Tourismus diese grosse Bedeutung für das Berggebiet. Das ist auch die Antwort auf die Frage Kappeler. Die ging ja in den gleichen Bereich hinein, wieso wir diesen Tourismus so erwähnen und das andere eben nicht. Weil hier im Rheintal, also in diesem Wirtschaftsraum, wo wir gleich sind wie die Schweiz, dort sind wir eben eigentlich auch der Meinung, dass es eher die Rahmenbedingungen sind, die hier mithelfen sollen. Also alle anderen Bereiche ausserhalb der Wirtschaftsförderung im engeren Sinn. Bildung ist wichtig usw., all die Dinge, die Sie auch aufgezählt haben.

Zur Verzichtspannung, Grossrat Michael und Grossrat Kappeler haben dort Fragen gestellt, kann ich sagen, ich habe mich bereits geäussert zur Verzichtspannung.

Die Frage von Grossrat Michael war auch noch wichtig: Kantonale und regionale Zentren definieren. Also kantonales Zentrum ist Chur und Umgebung. Also wir gehen

nicht auf die politischen Grenzen, sondern auf die funktionalen Räume. Also das kantonale Zentrum ist hier im Churer Rheintal. Ich nehme jetzt den Begriff Churer und nicht Bündner Rheintal, weil es ein bisschen enger ausgelegt ist, aber das ist das kantonale Zentrum. Hier haben Sie alle Zentrumsfunktionen, die kantonalen Art sind, die meisten. Die regionalen Zentren, die haben wir im Bericht erwähnt, die sind uns sehr wichtig, weil sie eben auch für den Service public wichtig sind und für die übrigen Versorgungsteile, die wir täglich brauchen. Und das typische Beispiel für mich ist Ilanz. Ilanz ist ein typisches regionales Zentrum. Aurelio Casanova kann mich dann korrigieren, ich mache jetzt eine Aussage, die ich vor längerer Zeit einmal gehört habe. Ilanz hat glaube ich etwa gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner in der alten Stadtzusammensetzung. Und das zeigt eigentlich typisch, was ein regionales Zentrum ist. Es ist ein kleiner Motor für diese Region, weil viele Leute, die in der Stadt Ilanz gearbeitet haben, auch in der Umgebung gewohnt haben. Sie bekommen dort, was sie im täglichen Leben brauchen. Oft hat es ein Regionalspital dort, oft hat es regionale Schulen dort. Und solche Regionalzentren haben wir noch mehrere, sogar in verschiedenen Grössen. Scuol ist eines, natürlich kombiniert mit Tourismus usw., Schiers ist eines. Das sind für uns die regionalen Zentren. Ich hoffe, ich habe Grossrat Michael diese Frage beantworten können.

Grossrat Kappeler stellt mir die Frage, wieso wir im Bericht ein düsteres Bild zeigen und im Raumplanungskonzept eher ein positives. Das ist sehr wahrscheinlich Zufall, es sind verschiedene Ansätze. Das Raumplanungskonzept befasst sich mit der zukünftigen Entwicklung und wird diese Entwicklung fördern. Und es zeigt natürlich ganz gezielt die Chancen auf und will raumplanerisch dafür sorgen, dass diesen Chancen möglichst wenige Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Ob diese Chancen dann genutzt werden, das entscheiden Sie vor Ort. Aber in diesem Raumkonzept, das wurde auch breit erarbeitet, ist natürlich Vieles geöffnet. Das sind die Chancen. Im Wirtschaftsbericht ist natürlich auch Vieles Rückblick, Vieles beruht auf statistischen Zahlen und da gebe ich zu, die sind teilweise nicht so gut. Ich werde in der Fragestunde morgen bei Grossrat Geisseler die Frage der Bevölkerungsperspektive, das ist ja auch eine Studie, die über das Amt für Raumentwicklung und das Amt für Verkehr gemacht wurde, sagen, wie wir die beurteilen, ich kann dann morgen dort noch darauf eingehen. Sie sehen, es sind unterschiedliche Ansätze. Das eine ist eher die nüchterne, statistische Analyse des Ist-Zustands und der möglichen realistischen Perspektiven und das andere, raumplanerisch eben, das Öffnen von Chancen.

Grossrat Bondolfi hat gesagt, es fehlen die Ausführungen zum Service public. Die eine Antwort, die ich ihm geben kann: Wir schreiben den Auftrag Cavigelli nicht ab, weil wir sagen, das haben wir hier nicht behandelt, also mit Ausnahme des Breitbandbereiches. Wenn Sie die Post meinen, und ich habe heute gelesen, es war auch im Bundesrat ein Thema, ich hatte jährlich ein Gespräch mit der Post und mit der Swisscom. Bei der Post haben wir darauf gedrängt, dass wir die gleiche Dienstleistung haben. Ich glaube, das hat sich bewährt. Wenn ich heute sehe, dort wo die Post nach Hause gebracht wird, haben

wir kaum negative Rückmeldungen. Es sind oft Gegenden, wo auch ältere Leute sind, die gar nicht unglücklich sind, wenn die Post nach Hause gebracht wird und sie die Post auch dort abgeben können. Also wir wollen die gleiche Dienstleistung wie im Mittelland, aber wir beharren nicht darauf, dass es in einer Poststelle ist, weil wir natürlich auch feststellen, dass es in einer Kombination, z.B. mit einem Laden, oft dazu führt, dass auch der Laden erhalten bleibt, weil ein Zusatzeinkommen durch die Post generiert werden kann für diesen Betreiber oder diese Betreiberin des Ladens.

Grossrat Cramer hat mich gefragt, wie wir denn die Arbeitsplätze schaffen. Der Kanton schafft keine Arbeitsplätze, das kann er nicht. Das ist Aufgabe der Wirtschaft. Und es ist dann jetzt Ihre Aufgabe, wenn Sie den Ideen der Regierung folgen in der Detaildiskussion, eigene Konzepte zu entwickeln. Es wird nicht der Kanton sein, nach diesem Ansatz, der Ihnen sagt, wie Sie vorgehen müssen, dass es Arbeitsplätze gibt. Sie müssen sich zuhause mit Ihren Voraussetzungen beschäftigen. Sie müssen fragen: Wo sind wir stark, wo können wir besser werden? Und dann natürlich auch an uns herantreten und fragen: Kann uns der Kanton dabei helfen? Und ich habe es im Zusammenhang mit der Verzichtsplanung aufgeführt, ich bin überzeugt, dann werden auch diese Regionen selber Arbeitsplätze schaffen.

Grossrätin Loretz hat mich gefragt, wie wir mit dem Auftrag Stoffel umgehen. Den haben wir auch nicht abgeschlossen. In einem Wirtschaftsentwicklungsbericht ist das natürlich, ohne jetzt hier despektierlich zu sein, ein kleiner Bereich. Dort ist er nicht matchentscheidend. Das ist eine Frage, die Sie nicht mit der Wirtschaftsförderung, sondern eher mit der Diskussion machen müssen: Wollen wir die peripheren Räume anders fördern, gesetzlich anders fördern, als die andern? Ich glaube, wenn Sie sehen, welche Beiträge wir sprechen, dann sind wir in den schwächeren Regionen sicher viel grosszügiger als hier im Rheintal. Wir sind uns bewusst, 50, 60 Arbeitsplätze in Rusch in der Clinica Holistica, das ist ein grosses Unternehmen für diese Gemeinde. Auch im Rheintal wäre es ein grosses Unternehmen, aber es hätte nicht die gleiche Bedeutung. Also wir gewichten dort schon, aber ohne, dass wir es gesetzlich festlegen. Wenn man es gesetzlich festlegen wollte, können Sie das im Wirtschaftsentwicklungsgesetz dann diskutieren, aber dann müssen Sie sehr wahrscheinlich den ungeliebten Bericht über die potentialarmen Räume brauchen. Wieso? Weil Sie müssen ja dann die Räume definieren, die Sie bevorzugt behandeln wollen. Auch nach der Exportbasistheorie. Also es würde dann bildlich heissen, dass ein Unternehmer im Lugnez, der dann in diesem Raum wahrscheinlich ist, würde Beiträge erhalten, die der Unternehmer in Ilanz nicht bekommt. Und der Unternehmer in Ilanz wird sich natürlich beschweren, dass er einen Wettbewerbsnachteil hat. Weil das sind ja natürlich funktional zusammenhängende Räume. Das kann man diskutieren, müsste man dort festlegen. Wir haben es hier nicht aufgenommen, weil wir wissen, das ist eine politische Frage. Das ist eine rein politische Frage, ob man das will und ich bin auch der Meinung, wenn das Gesetz beraten ist, wird dieser Auftrag so oder so abzu-

schreiben sein. Weil dann ist es, von mir aus gesehen, entschieden, gleich wie sie dann entscheiden.

Grossrat Kappeler hat mir noch eine Frage gestellt zur Verfahrenskoordination, ob wir wissen, wo der Schuh drückt. Ich habe mich nicht vorbereitet bei den Ämtern. Ich müsste natürlich noch ein bisschen fundierter nachfragen, wenn ich genau Auskunft geben möchte. Es hat gewisse Gründe. Also eines, das uns stark beschäftigt ist, dass die Berichte der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission zu fast 90 Prozent vom Bundesgericht in den Entscheid übernommen werden. Das ist ein Problem für mich, ich spreche hier nicht für die Regierung, für mich. Weil damals, als man diese Kommission ins Leben gerufen hat, hatten die Verwaltungen beim Bund und beim Kanton nicht diese Fachämter. Aber heute haben wir das BUWAL und wir haben bei uns das ANU. Wir haben die Fachleute, die diese Denkweise und diese Ansprüche kennen. Und ich frage mich oft, für was braucht es diese Kommission noch? Insbesondere, wenn das Bundesgericht seine Kompetenz fast abtritt. Also da muss ich auch sagen, das ist für mich oft ein bisschen schwer zu verdauen. Weil hier wird mehr als doppelt genäht. Wenn ich die internen Verfahren anschau, haben wir das sehr intensiv besprochen. Es gibt natürlich die Schutzämter, die nichts ändern wollen. Die sind überzeugt, dass sie ihren Job machen. Sie haben diesen Auftrag auch per Gesetz. Ich möchte das hier ganz klar festhalten. Grossrat Kunz hat es zu Recht gesagt. Der Bund hat in den letzten Jahren enorm viele Kompetenzen an sich gezogen. Oft nicht zuletzt aufgrund von Initiativen. Macht uns nicht grosse Freude, weil der Spielraum geht weg und das ist klar, wenn dann ein kantonales Amt dieses Gesetz umsetzt, kann man ihm Vorwürfe machen, aber es ist ihre Aufgabe. Der Vorwurf ist dann politisch und nicht mehr sachlich. Aber ich glaube auch, dass wir es so sagen können, auch wieder vereinfachend, wir können feststellen, dass die grossen Projekte, und darum kann ich gerade die zweite Frage beantworten, Investoren aus dem Ausland sind meistens grössere Projekte. Die laufen relativ gut. Weil die sind bekannt, die sind meist auch in den Departementen bekannt und die Koordination läuft recht gut. Bei den ganz kleinen Projekten ist es eben so, dass die oft halt schlecht daherkommen. Die werden so ein bisschen handgestrickt gemacht und dann ist es dann schon so, dass die vielleicht noch einmal zurückgehen und dann vollständig eingereicht werden müssen. Wo ich aber Verbesserungspotential sehe, und darum auch die Anträge, dass wir hier einen Verfahrenskordinator einsetzen können, der in der Verwaltung mittlere Projekte betreut, das sind die mittleren, die eigentlich unter dem Radar der Departemente sind, oder der Regierungsmitglieder, können Sie auch sagen, und die vielleicht Probleme haben zwischen verschiedenen Ämtern. Und dann besteht die Gefahr, dass man nicht entscheidet. Und hier sehen wir vor, dass eben ein Verfahrenskordinator intern dann halt, wenn es zwei Departemente sind, diese zwei Regierungsmitglieder zusammen nimmt, mit den Amtsleitenden, und sagt, dieser Fall muss jetzt entschieden werden, damit das Projekt weiter geht. Es steht gar nicht zur Entscheidung, wie es entschieden wird, aber es muss entschieden werden, dass man sich eben nicht auf

Amtsebene quasi so blockiert, dass man eher die Entscheidung herausschiebt. Ich glaube, dort sehe ich eine gewisse Schwäche bei uns, die wir beheben möchten und wir stellen Ihnen entsprechend auch die Anträge. Das wären meine Ausführungen auf die Fragen gewesen.

*Standespräsident Campell:* Ich stelle fest, dass die Diskussion für das Eintreten nicht mehr verlangt wird und ich stelle fest, dass Eintreten nicht in Frage gestellt ist und ich gehe davon aus, dass wir so Eintreten beschlossen haben.

*Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Standespräsident Campell:* Bevor wir in die Mittagspause gehen, möchte ich noch das Wort Regierungsrätin Barbara Janom Steiner erteilen, um noch ein paar Fragen zu beantworten zum Budget. Frau Regierungsrätin, Sie haben das Wort.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ich halte Sie nicht lange auf, aber Grossrätin Tomaschett hat noch eine Frage gestellt zu Seite 236, Ausbau Hauptstrassen und zwar zu den Einzelkrediten Oberalp- und Lukmanierstrasse, was in diesen Beträgen alles enthalten ist. Ich habe mittlerweile die Informationen des Oberingenieurs Dicht erhalten. In diesen einzelnen Projekten sind enthalten bei der Oberalpstrasse die Instandsetzung der Lavoitobel-Brücke mit 3,3 Millionen Franken, Korrektion Trin Mulin 0,6 Millionen Franken, Korrektion Rabius/Sumvitg 4,2 Millionen Franken, Umfahrung Ilanz 6,9 Millionen Franken, Korrektion Lumneins 2,1 Millionen Franken, Korrektion Lumpegna 1,5 Millionen Franken, Korrektion Schluein 1,5 Millionen Franken, Neubau Anschluss Brigelserstrasse 3,5 Millionen Franken, Neubau Pardé 1,6 Millionen Franken. Bei der Lukmanierstrasse sind folgende Projekte enthalten: Korrektion Galerie Scopi 1,5 Millionen Franken, Instandsetzung Caschlatsch 2,2 Millionen Franken, Instandsetzung Medelser Rheinbrücke 0,4 Millionen Franken und dazu kommen bei der Oberalpstrasse 1,3 Millionen Franken und bei der Lukmanierstrasse 1,65 Millionen Franken für verschiedene bauliche Unterhaltsarbeiten. Ich hoffe Sie sind mit dieser Antwort soweit jetzt zufrieden.

Dann hat Grossrat Bleiker einen kleinen Fehler entdeckt auf Seite 259. Es ist richtig. Bei der Standeskanzlei finden Sie unter Stellenschaffungen der Regierung, im Text heisst es Ausbau der Sekretariatsressourcen für die Betreuung der ständigen Kommissionen, Eröffnung einer Praktikantenstelle. Und das gibt eben nicht gesamthaft 0,1 sondern das gibt 1,1 Stellen. Der Betrag, die 48 000 Franken, ist richtig, aber hier ist eben eine eins vor dem Komma untergegangen und somit verändert sich auch das Total von 27,65 auf 28,65 beim Umfang. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler, aber es freut mich natürlich, dass es Grossräte gibt, die das Budget bis auf Seite 259 derart aufmerksam lesen, dass sogar so kleine Fehler entdeckt werden. Herzlichen Dank. *Heiterkeit.*

*Standespräsident Campell:* Wenn wir schon bei den Komplimenten sind, möchte ich weiterfahren, in dem, dass ich Ihnen ein riesen Kompliment mache, dass wir so eine kurze Eintretensdebatte führten beim Wirtschaftsentwicklungsbericht. Ganz herzlichen Dank an Sie. Ich hatte auf meinem Programm bis zur Pause heute Nachmittag. Ich möchte Sie noch darauf aufmerksam machen, über die Mittagspause ist eine Infoveranstaltung der Bürgergemeinden im Saal Walpen hier im Haus vis à vis. Ich wünsche allen guten Appetit und eine gute Veranstaltung. Wir fahren weiter um 14.00 Uhr.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls  
durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Duri Campell

Der Protokollführer: Patrick Barandun